

VEREINS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder,

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation!
~ ~ Nutzt die günstige Zeit aus! ~ ~

Die deutschen Gewerkschaften 1906.

Die Nr. 22 des Korrespondenzblattes der Generalcommission enthält als Beilage die umfangreiche statistische Zusammenstellung über den Stand und die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906. Es ist ein erfreuliches Bild, das uns der Verfasser legt über den Aufmarsch der deutschen Gewerkschaftsbewegung entrollt. Wie bereits berichtet, war das letzte Jahr dasjenige, das den freien Gewerkschaften den größten bisher erreichten absoluten Mitgliederzuwachs brachte, wenn auch der prozentuale durch den der Jahre 1905 und 1896 um etwas übertroffen wurde. Folgende Tabelle veranschaulicht das Wachstum der Centralverbände in den letzten 10 Jahren im Jahresdurchschnitt:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahr absolut	Zunahme in Prozenten
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	498 742	81 383	19,7
1899	580 478	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 609	8,2
1903	887 698	154 492	21,0
1904	1 052 108	161 410	18,5
1905	1 344 803	292 695	27,8
1906	1 689 709	344 906	25,6

Die Zahl der zentralorganisierten Gewerkschafter hat sich demnach in diesem Jahrzehnt mehr als vierfach erhöht, ein geradeaus glänzender Erfolg, besonders wenn man bedenkt, daß es einer mehr als zwanzigjährigen Organisationsarbeit bedurfte, ehe jene erste Differ erreicht war. Bis zum Schlusse des Jahres 1906 war die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder sogar auf 1 799 293, also auf über $1\frac{1}{4}$ Millionen gestiegen. Rechnet man ihnen die Gruppe der anarcho-sozialistischen Totalvereine (18 145 Mitglieder), der Hirsch-Dunkerschen Gewerkevereine (118 608), der christlichen Gewerkschaften (247 116) und der sogenannten "unabhängigen Gewerkschaften" (78 544) hinzu, so kommt man für 1906 auf die Zahl von mehr als zwei Millionen Gewerkschaftern. Damit ist Deutschland bezüglich der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an die Spitze aller Industrielande gerückt. Deutschland hat nunmehr das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung, England, überholt und auch die Vereinigten Staaten von Amerika dürfen hinter ihm zurückbleiben, wenn auch hier keine absolut zuverlässigen Daten vorliegen.

Über die gewerkschaftlichen Organisationen insgesamt gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

Mitgliederzahl	Zunahme	1905	1906	absolut %
Centralverbände	184 4803	168 9709	344 906	25,6
Lokale Vereine	27 736	13 145	—	—
Orth.-Dunk. Gewerkevereine	117 097	118 508	1411	1,2
Christliche Gewerkschaften	—?	320 216	552 16	20,8
Unabhängige Vereine	65 262	73 544	82 82	12,7
Zusammen	181 9980	221 5165	409 815	22,5

Von den 65 Verbänden, die am Schlus des Jahres 1906 vorhanden waren, hatten, im Jahresdurchschnitt berechnet, 6 über 100 000, 3: 50–70 000, 4: 30–50 000, 5: 20–30 000, 3: 15–20 000, 6: 10 15 000, 18: 5–10 000, 12: 2–5 000 und 13 unter 2000 Mitglieder. Im Jahre 1905 hatten nur 4, in den Jahren 1904 und 1908 nur 2 Verbände und im Jahre 1902 hatte nur 1 Verband über 100 000 Mitglieder. Auf die einzelnen Verbände verteilt sich die Mitgliederzahl 1906, im Jahresdurchschnitt berechnet, folgend: Metallarbeiter 810 673, Maurer 183 537, Holzarbeiter 146 448, Fabrikarbeiter 115 739, Bergarbeiter 70 648, Handels- und Transportarbeiter 65 428, Zimmerer 50 548, Buchdrucker 47 162, Maler 8 6 6 2 6, Schneider 34 514, Schuhmacher 33 132, Tabakarbeiter 28 384, Brauereiarbeiter 26 972, Gemeindearbeiter 22 692, Hafnarbeiter 20 971, Buchdrucker 20 337, Steinarbeiter 18 402, Schmiede 18 045, Lithographen 15 723, Maschinisten 18 685, Porzellanarbeiter 12 888, Glasarbeiter 12 744, Bäder 12 570, Buchdruckereihilfsarbeiter 11 232, Löffler 11 703, Steifer 8 884, Stoffkateure 8 177, Tapizerer 7 961, Böttcher 7 698, Leberarbeiter 7 518, Sattler 6 676, Handlungsgeschäften

639, Hutmacher 6315, Seeleute 6001, Dachdecker 5794, Goldwirksgehilfen 5423, Wäscherarbeiter 5057, Glaser 5003, Bildhauer 4932, Müller 4629, Gärtner 4605, Kupferschmiede 3975, Portefeuillier 3786, Schiffszimmerer 3509, Handschuhmacher 3306, Hoteldiener 2785, Fleischer 2717, Conditoren 2594, Graveure 2665, Zigarrensortierer 2430, Barbiere 1908, Kürschner 1907, Lagerhalter 1597, Bureauangestellte 1064, Buchdrucker 139-Lothrings 974, Zwilfusmuster 842, Photographen 716, Asphaltarbeiter 679, Schirmmacher 617, Formstecher 499, Notenstecher 454, Kylographen 443, Blumenarbeiter 315.

In den letzten Jahren machte sich das Bestreben, kleinere Gewerkschaftsorganisationen an die größeren heranzubringen, angeschlossen, in verstärktem Maße geltend. So vereinigte sich auch im Jahre 1907 der Verband der Conditoren mit dem der Bäder, der der Gräpere mit dem der Metallarbeiter und der Verband der Elsaß-Lothringschen Buchdrucker mit dem Deutschen Buchdruckerverband.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Centralverbände betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 87 Verbänden 118 908 gegenüber 74 411 im Durchschnitt des Jahres 1905. Der Malerverband zählte 64 weibliche Mitglieder.

Die Finanzen der Gewerkschaften haben im Jahre 1906 eine noch weit günstigere Entwicklung aufzuweisen, wie in den Vorjahren. Im Jahre 1904 betrug die Gesamteinnahme der Centralverbände 20 190 939 M., 1905: 27 812 257 M. und 1906: 41 602 293 M. Von 1904 zu 1905 steigerte sich die Einnahme um 37,7 Prozent von 1905 zu 1906 aber um 49,5 Prozent. Diese Erhöhung der Einnahme ist aber nicht nur infolge der Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten, sondern die Leistungen pro Kopf der Mitglieder sind ganz enorm in den letzten Jahren gewachsen. Auf die gesamten Mitglieder der Verbände berechnet, betrug die Einnahme pro Kopf im Jahre 1891 6,68 M., 1895: 11,53 M., 1900: 13,89 M., 1904: 19,19 M., 1905: 20,68 M. und 1906: 24,62 M. In den einzelnen Organisationen ist die Einnahme pro Kopf der Mitglieder wesentlich verschieden. Sie beträgt von 5,44 M. bei den Wascharbeitern bis zu 84,11 M. bei den Lithographen. Pro Mitglied unseres Verbandes betrug die durchschnittliche Jahreseinnahme 24,63 M. Die Gesamteinnahme des Verbandes belief sich auf 902 034 M.

So günstig sich auch die Betragsleistung in den Verbänden in den letzten Jahren entwickelt hat, nach dieser Richtung hin erlahmen die Bemühungen der Arbeiter nicht. Sie wissen, daß es der größten Opfer bedarf, um das Foch, das auf ihnen lastet, zu brechen. Sie wissen auch, daß die Unternehmerorganisationen die Arbeiter zu immer höheren finanziellen Leistungen zwingen. Verfolgen doch die vereinigten Unternehmer mit den Aussperrungen die Absicht, die Gewerkschaften zu sprengen oder mindestens finanziell lahm zu legen. Es haben die Gewerkschaften, die in den letzten Jahren von Aussperrungen betroffen wurden, ver- ausgeben müssen:

Jahr	M	Pro Kopf der Mitglieder	Pro Kopf der Ausgebepräsenz
1903	1 959 796	3,14	42,82
1904	1 870 647	2,49	59,57
1905	4 193 250	3,91	29,11
1906	5 315 682	3,77	58,46

Die Aussperrungskraft der Unternehmer allein zwinge schon die Gewerkschaftsmitglieder zu höheren Leistungen, abgesehen davon, daß die Unterstützungsrichtungen der Organisationen von Jahr zu Jahr verbessert werden und höhere Auswendungen erforderlich. Die Arbeiter haben diese Opfer gebracht und sie werden sie, wenn nötig, noch erhöhen, denn sie wissen, daß hier Sparlampe über gleichbedeutend wäre mit der Enebelung der Arbeiter und erhöhte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Im Jahre ausgabe hatten die Verbände im letzten Jahre 26 963 413 M. Im Jahre 1905 betrug die Ausgabe 25 024 284 M., 1904: 17 738 756 M. und im Jahre 1891: 1 606 534 M. Pro Kopf der Mitglieder aller Verbände berechnet betragen die Jahresausgaben 1891: 9,62 M., 1895: 9,86 M., 1900: 11,89 M., 1904: 16,86 M., 1905: 18,61 M. und 1906: 21,88 M.

Es wurden von den Gewerkschaften im letzten Jahre verausgabt für Streiks und Aussperrungen 13 748 412 M., für Rechtschutz, Gewerkschutzzonen, Rechte, Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung, sowie Beihilfe in Not und Sterbefällen zusammen 9 363 270 M., für Verbandsorgane 1 594 009 M., für Agitation 1 820 763 M., für Verwaltungskosten 1 312 025 M. und für verschiedene sonstige

Zwecke, darunter für Bibliotheken, Stellenvermittlung, Umlaufkosten, Konferenzen und Generalversammlungen, Beitrag an Kartelle und Sekretariate, zusammen 4 783 708 M. Über die Steigerung der Ausgaben für Streiks, Aussperrungen, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung von 1891 bis 1906 gibt die nachstehende Tabelle Auskunft. Es veranschlagen die Centralverbände:

Jahr	Streiks und Aussperrungen	Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung
1891	1 037 789	64 290	—
1895	253 589	196 912	454 114
1900	2 625 642	501 078	856 026
1905	9 674 094	1 991 924	1 920 639
1906	13 748 412	2 653 296	3 281 741

Der Vermögen stand betrag am Schluss des Jahres 1906 insgesamt der Verbände die Summe von 25 312 634 M. Im Jahre 1891 betrug der Ressentstand pro Kopf der Mitglieder 2,56 M., 1895: 6,96 M., 1900: 11,38 M. und 1905: 14,60 M. Trotz der Steigerung der Ausgaben im allgemeinen und der gewaltigen Ausgaben für die Streiks und Aussperrungen vermöchten die Gewerkschaften ihren Ressentstand noch zu erhöhen. Der Vermögensbestand ist in den Gewerkschaften aufgeteilt wie folgt. Von den 25 312 634 M. bestand entfallen auf den Verband der Buchdrucker 5 682 986 M., der Metallarbeiter 3 564 172 M., der Maurer 3 441 416 M., der Holzarbeiter 2 834 798 M., der Zimmerer 1 322 303 M. und der Bergarbeiter 1 252 645 M. Alle anderen Organisationen haben einen Bestand von weniger als 1 000 000 M. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet, hatten den höchsten Ressentbestand am Jahresende 1906 die Notenstecher mit 195,04 M., den niedrigsten die Maler an 30. Stelle.

Zu welchem Verhältnis die Einnahmen, Ausgaben und das Vermögen der drei großen Gewerkschaftsgruppen zueinander stehen, zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahres- einnahme	Jahres- ausgabe	Vermögens- bestand
M	M	M
Centralverbände	41 602 939	36 963 413
O.-D. Gewerkeverein	1 404 074	1 844 277
Christl. Gewerksch.	3 644 865	2 977 733
Zusammen	46 651 878	41 285 423

Bezüglich der Unterstellungen ist zu berichten, daß 1906 (rep. 1905 und 1904) zahlten: Ressentunterstützung 49 (49, 46) Verbände; Arbeitslosenunterstützung 43 (41, 38) Verbände; Krankenunterstützung 44 (40, 31) Verbände; Invalidenunterstützung 7 (6, 5) Verbände; Unterstützung in Sterbefällen 47 (48, 39) Verbände.

Die Zahl der Verbände, welche 1906 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hat sich gegenüber 1905 um 2 vermehrt. Bezüglich der Einführung dieser Unterstützungsart bietet sich in den Centralverbänden das folgende Bild. Es hatten Arbeitslosenunterstützung rep. führend ein: 1890 Buchdrucker, Glaser, Schmiede, Bederarbeiter, Schuhmacher, Hutmacher, Kupferschmiede, Bederarbeiter, Zigarrensortierer, zusammen 8 Verbände,

Verausgabt wurden insgesamt an Arbeitslosenunterstützung 2.653.296 M., oder pro Kopf der Mitglieder 2,33 M. Die niedrigste Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung hatten 1906 die Bergarbeiter mit 6 M. pro Kopf der Mitglieder, die höchste mit 18,15 M. die Notenstecher. Hinter diesen folgten mit 12,27 M. die Lithographen, mit 11,68 M. die Bildhauer, mit 9,40 M. die Buchdrucker, mit 7,22 M. die Glaser, mit 7,21 M. die Hutmacher, mit 6,03 M. die Formstecher, mit 6,01 M. die Graveure und mit 5,09 M. die Lithographen. Bei allen anderen Organisationen blieb die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder unter 5 M.

Von den 66 Zentralverbänden besitzen 64 ein eigenes Verbandsorgan. Die Gesamtauslage dieser 64 Gewerkschaftsblätter betrug 1906 1.920.250 Exemplare gegen 1.550.450 Exemplare im Jahre 1905. Von dieser Blätter erscheinen wöchentlich einmal, eins wöchentlich dreimal, 19 erscheinen alle 14 Tage, 5 monatlich dreimal, 4 monatlich zweimal und 5 monatlich einmal.

Wie sehr die gegnerischen Gewerkschaften (Christliche und Hirsch-Dunderlichen) mit ihren Leistungen hinter den sozialdemokratischen Zentralverbänden zurückstehen, ergibt sich daraus, daß die Zentralverbände 1906 für Rechtschutz und Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder 2,88 M. verausgaben, während die Hirsch-Dunderlichen für diese Zwecke nur 1,88 M. und die Christlichen gar nur 0,44 M. aufgewendet haben. Für Streiks, Aussperrungen und Gewahrsame verausgabten die Zentralverbände 8,61 M., die Hirsch-Dunderlichen 3,73 M. und die Christlichen 3,45 M. pro Kopf der Mitglieder.

Sowohl die Christlichen wie die Hirsch-Dunderlichen reichen also nicht annähernd mit ihren Leistungen an die Zentralverbände heran und was noch besonders bemerkenswert ist, die christlichen Gewerkschaften stehen hinsichtlich der allgemeinen Unterstützungen und auch in bezug auf Ausgaben für Streiks noch hinter den Hirsch-Dunderlichen zurück. Was die christlichen Gewerkschaften an Unterstützungen gewähren, ist geradezu jammervoll. 44 Jährlich pro Kopf der Mitglieder insgesamt für Rechtschutz und Unterstützungen und davon nur 25 J. für die Reise- und Arbeitslosenunterstützung zusammen, während die Zentralverbände allein für Arbeitslosenunterstützung 2,33 M. verausgabt haben. Die Christlichen verwerfen den wirtschaftlichen Kampf zwar nicht grundsätzlich, aber sie gehen ihm, wenn irgend möglich, aus dem Wege, und so hatten sie in dem an Streiks und Aussperrungen reichen Jahre 1906 nur die geringe Summe von 3,45 M. pro Kopf ihrer Mitglieder an Streikunterstützung aufzuwenden, gegenüber 8,61 Mark, die die Zentralverbände für diese Zwecke pro Kopf der Mitglieder zu zahlen hatten. Unter solchen Umständen ist es denn auch erklärlich, daß die Christlichen nicht dieselben Erfolge aufzuweisen haben, wie die Zentralverbände.

Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 24.000 Mitglieder größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunderlichen Gewerkschaften, läßt erkennen, daß die Arbeiterschaft der Lehre nicht unzugänglich sind, und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten sucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen verschreit. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterschaft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 aus neuer Stärke und Kraft zeigen.

Der Malertag zu Hannover.

Unser Unternehmertum hat sich am 4. und 5. d. M. auf seinem sog. 2. Allg. deutschen Malertag zu Hannover zu einer alle bestehenden Einzelverbände vereinigenden Zentralorganisation zusammengetroffen. In einem gewissen Gegensatz zu den scharfmacherischen Motiven der Gründung, wie sie in dem Aufruf des Leipziger Präses Schulz ausgeschlossen wurden, steht die scheinbare sozialpolitische Schwäche, die in Hannover vorgenommen wurde und die sich nun auch allgemein in der äußerlichen Bekleidung unserer Meister zu den Tarifverträgen und der Anerkennung der Gehülfenorganisation befand. Ein Wirklichkeit handelt es sich natürlich nur um eine von Zweckmäßigkeitsgründen dictierte veränderte Kampfstrategie. Dass von einer sozialen Unfehlbarkeit bei dem bekannten Schärfmachertraktat des Herrn Schulz nicht die Rede ist, trodern einige Referenten sich recht fortschrittlich geäußerten, ist selbstverständlich. Der Ausgang und Schluss-Effekt der Hannoverschen Tage war sogar ein gellendes Signal des Klassenkampfes, das von den schwerhörigsten Gehülfen gehört werden muß. Über die Erfahrungen der letzten Kämpfe haben unsere Unternehmer zu der Einsicht gebracht, daß die offene Brutalisierung und das Recht des „Herrn im eigenen Hause“ nicht mehr zum Ziele führt. Insofern können die Ergebnisse der Meistertagung, von denen ein Redner zum Schluss irrtümlicherweise meinte, sie würden für unsere Kollegen eine unangenehme Überraschung sein, als ein hochfreudlicher Erfolg der Gewerkschaftsbewegung, als ein ehrenvolles Zeugnis für die Machturherseres Verbandes gebucht werden. Eine „unangenehme Überraschung“ könnten bloß die von ihrer Gründung ganz herausgeschnittenen Unternehmer erwarten, die jetzt gewaltige Rostinen im Sack haben. Die harten Tatsachen werden die Begeisterungsberührten bald ernsthaften und die Gehülfen werden dem Ernützungsprozeß noch ein klein wenig nachhelfen.

Es waren im ganzen beisammen 300 Delegierte, die zusammen angeblich 15.000 Meister und Unternehmer vertraten. Geleitet wurden die Verhandlungen „aus dem kategorischen Imperativ“ des Herrn Schulz, wie der etwas dictatorisch schwelende Schärfmacherpräses sich einiges Male ausdrückte. Er leitete den Kongress mit einem schwungvollen Hymnus auf die Fortschritte der Arbeitgeberorganisation seit dem Münchener „Malertag“ ein und sprach euphemistisch von der „sozialpolitischen Erziehung“ des Handwerkerstandes durch „einstellige Führer“. Was die Getreuen des Herrn Schulz unter „Sozialpolitik“ verstehen, erläuterte später Herr Hansen, der Tariffreund: es ist „der Kampf gegen unsern Todfeind, der uns mit Streiks überzieht“, das heißt der Terrorismus der Aussperrungen und schwarzen Listen, der Feuerste gegen das Koalitionsrecht, Materialarbeiten usw. Mit dieser „Sozialpolitik“ wird sich sicher sogar der Nachfolger Posalski noch befreunden.

Das erste Referat hielt Reichstagsabgeordneter Dr. über das Verhalten der Kollegen bei Streiks. Er ging besonders mit seinen ländlichen Kollegen ins Gericht, an denen der zentralchristliche

Redner zu tabeln hat, daß sie so modern-christlichen Erfindungen wie den schwarzen Listen so wenig Verständnis entgegenbringen. Die ländlichen Malermeister sind sogar froh, wenn sie streitende oder ausgesperrte Arbeiter aus den Städten tragen können, und sie stellen sie gern ein, unbekümmert darum, daß diese sich doch mit den Meistern vom Lande nicht verheiraten, deren übrige Arbeiter rücksichtlos aufzuhetzen und von ihrem Lohn gar die „Streikbrüder“ aufzuladen. Herr Dr. jammerte wieder einmal über den Krämerismus der lieben Meisterlein, die nur auf sich sähen, die nicht nur für die „misereable Preise“, sondern auch für die „Verschlechterung der Lage des Arbeitgebers“ durch siegreiche Streiks verantwortlich seien. Er hielt seinen Kollegen die Solidarität und den Opfergeist der organisierten Gehülfen als ideales Vorbild entgegen. So was kann eben kein Arbeitgeberum der Welt mechanisch nachmachen, Herr Dr.! Denn den Unternehmern fehlt dazu eine Kleinigkeit, die bei alledem ganz unentbehrlich ist, nämlich die Begeisterungsfähigkeit, der Dr. ist inzwischen der modernen Proletarier. Der Dr. ist wohl mit den terroristischen und schossen Mitteln der Unternehmerverbände verteidigt werden, aber er kann seine Kämpfer nicht begeistern.

Natürlich machte der so christliche Herr Dr. in dem Verhalten der Kollegen bei Streiks“ gar keinen Unterschied, ob es gegen seine Glaubensbrüder von den christlichen Gewerkschaften oder gegen die „Moten“ geht, wie es ihm auch gar nicht einfiel, den Meistern zu empfehlen, sich konfessionell zusammen zu organisieren. Er führte an, daß allein die christlichen Arbeiter 1906 eine Lohnhöhung von insgesamt 6 bis 7 Millionen Mark erkämpft haben wollen, ohne als frommer Christ nur etwa seine Freunde darüber zu beklagen, daß damit „auf dem Boden des Christentums“ wieder so vielen Menschen in ihren Lebensnoten geblösse sei; o nein, Herr Dr. hat mir das verletzte Portemonnaie-Interesse der Unternehmer im Auge und brandmarkt die Christlichkeit nicht anders als die „sozialdemokratische“ Streiktheorie als abgrundtiefe Verderbtheit. Dass ihm aber, wie jedem Zentrumsheiligen, der Klassenkampf von unten Scheuel und Greuel ist, hindert nicht, daß er selber ein rabiater Wortführer des Klassenkampfes von oben ist, dessen brutalste Mittel er seinen Kollegen, insbesondere vom Lande, anzuwenden empfiehlt. Sein heiligster Seelenkraum ist, daß die schwarzen Proscriptionen des Hungers nicht überall durchgeführt werden und z. B. beim Stuttgarter Malerstreik die „Tagwacht“ mitteilen konnte, es seien 300 Gehülfen anderweitig untergebracht. So spricht ein Reichstagabgeordneter des allgemeinen Klassengegensatzes in Jesu Christo verhöhnen Zentrum, wenn seine Mandatsherrlichkeit nicht von Arbeitern abhängt. Gründlicher, als es durch Herrn Dr. geschieht, kann der fromme Harmoniedufel der zentralgläubigen Arbeiter seiner Aburzität nicht mehr überführt werden, und wir sind wirklich gespannt, zu hören, was man im Lager des christlichen Malerorganisations zu dem Christen soll sagen wird.

Übriglich wird das Zentrum werden, wenn es keine Wahlsiege mehr unter den Lohnarbeitern erringen kann, schrieb vor kurzem die „Arbeitgeberzeitung“ sehr richtig: – „nur muß man hier „bürgerlich“ für Christlichkeit nehmen. Herr Dr. der seine Wahlsiege unter oberbayerischen Zentrumsbauern „erringt“, bestätigt es. So gut wie aber Dr. ohne Schaden an selten unsterblichen Seele zu nehmen, mit seinen Kollegen, ob gläubig oder nicht, eins ist in der rücksichtslosen Verfechtung seiner Klasseninteressen, sollten auch selbst die gläubigsten Gehülfen als Klassenkämpfer mit ihren „ungläublichen“ Kollegen eindringlich zusammenstehen! Wir wüssten nicht, was Herr Dr. dagegen einwenden dürfte.“

So sehr ihm indessen die Gehülfenorganisation bis in die Seele verhaft ist, auch Herr Dr. gehorcht der Not und erkennt die Organisation heute an. Er hält es sogar für einen ebenso großen Fehler des Arbeitgebers, den Gehülfenverband nicht anzuerkennen, wie, ohne den eigenen Verband mit den Gehülfen fertig werden zu wollen. Die Gehülfenorganisation sei einmal da und sieze sich nicht mehr unterdrücken. Ohne sie wären die Streiks auch noch häufiger und langwieriger. Sogar an einem Dr. ist also nicht jede erzieherische Einwirkung der Macht, die unser Verband repräsentiert, verloren, denn das Christliche Verbandchen hat Herrn Dr. diese Anerkennung natürlich nicht abgerungen.

In der Diskussion hielt Herr Stolberg aus Hannover seinen Kollegen, die gern jeden Streik als „sozialdemokratische Machtprobe“ hinstellen, einen Spiegel vor, in dem er meinte, man solle über Gehülfenforderungen nicht nach Maßgabe der jeweiligen Machtverhältnisse im Gewerbe entscheiden, sondern die Entscheidung abhängig machen von sachlicher Prüfung der Berechtigung jener Forderungen. Diese prüfende Sachlichkeit vermiss Herr Stolberg zu oft bei seinen biederem Kollegen, die bekanntlich nichts, und zuletzt noch in dem Aufruf des Herrn Schulz, beteuern, nur „unberechtigte Forderungen“ der Gehülfen abwehren zu wollen. Herr Stolberg kennt seine Pappengermeister.

Über „Tarifverträge“ referierte Herr Hansen aus Hamburg, der schon auf dem Münchener Malertag über den gleichen Gegenstand redete. Damals hatte er bekanntlich die Mehrheit seiner Kollegen, insbesondere die süddeutschen und rheinischen Heißsporne, gegen sich, als er ihnen Tarifverträge empfahl. Man erklärte ihn für einen „Bundesgenossen der Streikbrüder“, und einer, der seitdem festgestellt ist, meinte, Hansen habe ja einen „Vogel“. Die zwei Zählein seit München haben genug, um unseren Meistern Dialektik einzupausen. Diesmal fand Herr Hansen keine Spur von Opposition mehr, auch nicht bei seinen süddeutschen und rheinischen Kollegen, und er hatte die Genugtuung, daß seine kurze und klügige Resolution:

„Der 2. deutsche Malertag steht auf dem Boden der Tarifverträge“ eingesetzt.

Damit ist eine bedeutsame taktische Diversion, die sich den Unternehmern als die teurer bezahlte Lehre der letzten Kämpfe von selber aufdrängte, offiziell vollzogen, und die Gehülfen dürfen das Ergebnis der Hannoverschen Meistertagung mit um so größerer Genugtuung begrüßen, als es verbunden ist mit der offiziellen Anerkennung unseres Verbandes als vertragsschließender Teil. Daraus erwächst unseren Kollegen in ihrem eigenen Lebeninteresse die Pflicht, noch viel eifriger als bisher für die Stärkung des Verbandes tätig zu sein, von dessen respektablen Stellung des Wohl und Wehe eines jeden Berufsgenossen abhängt! Der Kollege, der sich nach diesem Malermeistertag seiner Organisation noch fernhält oder ihre Aktionskraft schwächt, indem er die kon-

fessionelle Berücksichtigung unserer Meister fürbert, versündigt sich schwer an sich selber und seinen Arbeitsbrüdern! Es kann jetzt nicht mehr schwer sein, diese Wahrheit dem letzten unerfahrenen Verbande noch fernstehenden Kollegen zum Bewußtsein zu bringen und den geschlossenen Aufmarsch unseres Unternehmertums mit dem Zusammenschluß der gesamten Gewerkschaft im freien Malerverbande zu beantworten. „Sein oder Nichtsein — das ist hier die Frage!“

Aus dem 1½ stündigen Referat des Herrn Hansen, das auf der einen Seite einen antenenswerten fortschrittlichen Standpunkt markierte, um auf der anderen die wunderlichste Schärfmacherie zu verraten, sei folgendes hervorgehoben: Die Tarifverträge seien nur Waffen, stillstandsvorträge. Ein Ausgleich der sozialen Gegensätze, wie die „Sozialideologen“ ihn hier von erwarten, sei auch durch die Tarifverträge nicht möglich. Der Redner erwartet und verlangt auch nicht einmal von den Gewerkschaften, daß sie im Interesse der Tarifgemeinschaft den Klassenkampf beendigen. Der Klassenkampf sei einmal da und müsse fortgeführt werden bis zum Kampf auss Muster. Ungefähr sagt das die Sozialdemokratie auch, nur mit ein bisschen anderen Worten, wo zu sie die größere Aufmerksamkeit zwingt, die ihr die Staatsanwälte aus § 130 des Strafgesetzbuches, betr. Aufreizung, widmen). Bei der hellen Einsicht, die hier Herr Hansen befindet, ist es um so unverständlicher, daß er die Sozialdemokratie als „Todfeind“ der Tarifverträge bezeichnet kann, weil diese den Arbeiter „dem Klassenkampf abwendig machen...“ Was aber der Dichter von der Welt im allgemeinen sagt:

„Die Welt ist voller Widersprüche.“

Und sollte sich's nicht widersprechen?“

das gilt im besonderen auch von der Verantwortlichkeit des Herrn Hansen, der genau weiß, daß die grundfäßlichen Gegner der Tarifverträge ihm selber näher liegen als den Sozialdemokraten. Herr Hansen war sogar theoretisch einsichtig genug zu erklären, es wäre „nur zu bearbeiten“, wenn die Arbeiter „ihre Organisationen recht machen wollten“, nur müßten die Arbeitgeber es ihnen gleich tun. So unendlich selbstverständlich es ist, daß die Unternehmer, wenn sie ehrlich die Tarifverträge sind, in ihrem eigenen Interesse auch starke Gewerkschaften wünschen müssen, so ist doch diese Erkenntnis bei ihnen so selten, daß sie im Kalender angedrückt werden muss. Herr Hansen hätte sie speziell seinen Kollegen in Rheinland-Westfalen und anderswo ins Stammbuch schreiben können, die noch im Frühjahr die Gewerkschaften im Malergewerbe, die freie wie die christliche, mit den bekannten expresserischen „Neueren“ auseinandersprechen wollten. — Herr Hansen hält es für nötig, die Gehülfen-Organisation zur „Vertragstreue“ zu erziehen“ nicht etwa durch eine Haftungsklausel, wie der Organisationsvertrag im Buchdruckergewerbe sie enthält, sondern in dem reaktionären Sinne wie die englische Ruffiz das Ding einige Male „gebucht“ hat, also durch einen geschickten Haftungszwang, der die Gewerkschaft für jeden Vertragsbruch einzelner Mitglieder verantwortlich macht. Dieses Ding von „Haftung“ ist nur ein hinterhältiges Kampfsmittel, wobei es auf den Dienstahl an dem Vermögen der Gewerkschaften abgegeben ist. Tatsächlich können aber auch die Meister die Mahnung zur Tariftreue besser gebrauchen, als die Gehülfen, denn tarifbrüchige Meister waren im Frühjahr nicht selten, was aber die Gehülfen betrifft, so gab nachher Herr Schulz höchstselbst der Wahrheit die Ehre, indem er zugab, diese seien durch ihre Gewerkschaft „moralisch und sozial so gut erzogen“, daß Disziplinwidrigkeiten in der Tarifgemeinschaft von Seiten der Gehülfen höchst selten vorkämen.

Herr Hansen führte dann drei Einwände der tariffeindlichen Meister an, um ihnen nicht übel auf den Leib zu rücken. Gegenüber dem ewigen Hammer, der Tarifvertrag hinderte den Arbeitgeber, bei sinkender Konjunktur die Löhne herabzusetzen, führte er aus, daß der Arbeitgeber dafür bei außerer Konjunktur auch keine höheren Löhne zu zahlen brauche, also ein Ausgleich vorhanden sei oder vorhanden sein müsse. Den Gehülfen für die verschlechterte Konjunktur extra zu bestrafen, sei ungerecht, würde diese doch nicht durch den Gehülfen verschuldet, der unter der dann eintretenden vermindernden Arbeitsgelegenheit schon genug Leid. — Das beliebte Argument, in der Tarifgemeinschaft höre das Streben des einzelnen Gehülfen nach Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit auf, es werde eine „Brämie“ auf die Faulheit“ gesetzt usw., wurde ebenfalls zerstört. Das Streben, es dem andern vorzutun, sei eine allgemeine menschliche Eigentümlichkeit, die man nicht schlechtweg einer ganzen Gesellschaftsklasse absprechen dürfe. Tatsache sei doch auch, daß seitdem im Malergewerbe Tarifverträge abgeschlossen werden, die Kunst- und Kunstmalerchulen nicht verboten wären, sondern im Gegenteil zahlreicher besucht würden, was nicht für ein Nachlassen des gewerblichen Ehrganges spreche. Herr Hansen ist daher auch ein Gegner der Mindestleistungsklausel, die Mindestleistung sei unkontrollierbar, die Ansprüche der Meister seien auch zu verschieden, so daß hier nicht schablonisiert werden könne, und schließlich berge diese Klausel eine Gefahr gegenüber den Auftraggebern in sich. Auch zu dieser sozialen Erleuchtung des Obermeisters haben bekanntlich die Kämpfe gehört, worin die Gehülfen die Mindestleistungsklausel abwehren mussten. Sogar in Bayern gibt man sich alljährlich zufrieden mit dem Passus des rheinisch-westfälischen Vertrages, der vollkommen genügt: „Seder Gehülfen soll seine Pflicht erfüllen!“ — Gegenüber dem Argument von der nachlassenden persönlichen Streitfähigkeit könnten die Arbeiter, meinte Herr Hansen weiter, mit Recht auf die „Schönkonkurrenz“ unter den Malermeistern verweisen, die auch kein Streben nach der höchsten Leistungsfähigkeit verrate. Der dritte Einwand gegen die Tarifverträge ist der, sie wären eine „Schraube ohne Ende“. Herr Hansen machte dagegen geltend, daß die Gehülfen es überall verstanden, alle 2, 3 oder 5 Jahre ihre Läge zu verbessern. Ob mit oder ohne Tarifvertrag, mache in diesem Punkte nichts aus; wo keine Tarifverträge bestehen, sei die Schraube sogar fortgesetzt in Bewegung. Die Tarifverträge seien jedoch die „Schraube gewissermaßen die „Regulierungsschraube“. Für die Tarifgemeinschaft mache Herr Hansen wiederum drei Gründe geltend. Erstens die mehrjährige Kriegserinnerung, die dem Geschäftsmann die Ruhe in der Wunde bringe, die er braucht und der Arbeitgeber verhandlung zu fakturieren, die aber auch der Entwicklung nicht entbehren könne; sonst käme es infolge der ununterbrochenen Unruhigkeiten zum Massenabschaff von Mitarbeitern, wie München beweist. Zweitens bildeten

die Tarifabschlüsse die wirksamste Bekämpfung der Schmiede und Schleuder konkurrenz. Knabesondere machten sie dem Zustand ein Ende, daß ländliche und kleinstädtische Meister bei Submissionen mit ihren billigeren Arbeitskräften die großstädtischen Kollegen um eigenen Platz beiseite schieben. Drittens spreche für die Tarifverträge ihre sozialpolitische Seite. Herr Hansen meint damit nur das Zurückdrängen einer sozialpolitisch tüchtigen Gesinnung durch das Bekenntnis zum Tarifvertrag, und den guten Eindruck auf die Öffentlichkeit und besonders auf die Haltung der Presse, den er sich hierauf verspricht. Die starke Empfindung für die Macht der öffentlichen Meinung, die Herr Hansen verlautet, muß den Gehüßen anspornen, auch seinerseits nicht zu versäumen, die öffentliche Meinung in einem Sinne und in einem Interesse immer intensiver und nachhaltiger zu beeinflussen. Das geschieht über hauptsächlich durch kräftige Unterstützung der Arbeiterpresse und energische Bekämpfung der arbeiterfeindlichen Sorie Zeitungen. — Wie sich Herr Hansen auf die „sozialpolitische“ Betörung der öffentlichen Meinung versteht, beweist seine Versicherung, daß die Meister manche ihrer Kämpfe deshalb führen müßten, weil die Gehüßen sich weniger ten, in einen „angemessenen“ Tarifvertrag zu willigen. Nun beweist das schon an sich nichts für die soziale Tugend der Meister und nichts für die Schlechtheit der Gehüßen, denn für uns ist der Tarifvertrag kein Recht, den wir unbesehnen anbeten. Wenn die Unternehmer unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage den Arbeitern nachteilige und langfristige Verträge aufdrängen wollen, so seien wir uns gegen diese Tariffreundlichkeit der Unternehmer zur Wehr, unbedacht des „sozialpolitischen“ Lamentos, womit unsere Meister sich dann vor der Öffentlichkeit als schnöde abgewiesene Friedensengel ausspielen.

Aber davon abgesehen, war es das Recht des Referenten, daß Herr Wenner aus Barmen in seinem sogenannten vorgelegten Referat über den Kampf in Rheinland-Westfalen die Kriegsfertigkeit und Tarifschulden, wie die Unternehmer sie meinen, gleich drostisch illustrierte. Da wird der Beschluss der Düsseldorfer Frühjahrs-Versammlung der Arbeitgeber-Vorstände, der die rheinisch-westfälische Aussperrung einleitete, in seinem klassischen Wortkaut mitgeteilt:

„In den einzuberuhenden Versammlungen ist sofort (!) der betreffende Tarif abzufassen und der Gewerkschaft unverzüglich zur Unterchrift vorzulegen. Sollte die Anerkennung des Tarifs, die bis Samstag Mittag 12 Uhr zu erfolgen hat, von den Gehüßen verweigert werden, so ist der Hauptgeschäftsstellen bis 2 Uhr telegraphisch Bescheid zu geben. Falls die Unterschrift in auch nur einem einzigen Bezirk verweigert wird, so werden am 3. April sämtliche organisierten Gehüßen im ganzen Verbandsbezirk ausgesperrt.“

Mit einem solchen terroristischen Hohn auf den Griff des kollektiven Arbeitsvertrages wollen unsere Unternehmer also die Öffentlichkeit alarmieren machen, sie ständen „voll und ganz“ auf dem Boden der Tarifverträge, und nur die „verhexten“ Gehüßen seien schuld daran, wenn die guten Meister sie aussperren und mit den schwarzen Eltern traktieren müßten. Dieses Exempel beweist jedenfalls, daß die Unternehmer riesig tariffreudlich seien und dabei die autoritäre Willkür in der Festlegung der Arbeitsbedingungen noch widerträchtiger und brutaler ausüben können, als jemals Statt des einzelnen, wie früher, soll sich jetzt die Gesamtheit der Arbeiter die Arbeitsbedingungen diktatorisch vorschreiben lassen! Das Referat des Herrn Wenner kommt gelegen für alle, die das Tarifbecken von Hannover für eine soziale Herzserwicklung unseres Unternehmertums, für eine Abschaffung des Klassenkampfes im Malergewerbe halten möchten. Es ist das strikte Gegenteil davon! Im übrigen bestätigte das Referat des jugendlichen Scharfmacherreferats schon mit seinem Titel „Verlauf und Bewältigung (!) des Streiks (!) in Rheinland und Westfalen“, was wir ihm prophezeiten haben, daß er nämlich das glänzende Fiasco der rheinisch-westfälischen Aussperrungsunternehmer als einen ebenso glänzenden Sieg feiern würde. Die berüchtigten Reversen gegen das Sozialrechtsrecht werden schwämmig als ein kampftätsches Mittel hingestellt, das anwendbar worden sei, um festzustellen, wer von unseren Kollegen Mitglied des Verbandes ist. Zum ungemeinen Hohn auf Recht und Gesetz erklärt Herr Wenner, eine Verfolgung jener Praktiken als Erpressung und Nötigung würde ihm als „Märtyrkrone“ willkommen gewesen sein. Diese Gesellschaft verlangt gegen den sog. Terrorismus der Arbeiter eine reine Buchstabenvorlage, aber selber pfeift sie auf das Gesetz!

(Schluß folgt.)

Hirsch-Dundersche Jesuitenmoral.

Der Artikel „Schwarz-gelbe Paarungssätze“ in Nr. 34 des Vereins-Anzeigers hat den Matador der Arbeitswissenschaftsgarde der Magdeburger Malermeister und Redakteur eines Hirsch-Dunderschen Winkelblättchens gewaltig in Harnisch gebracht — ein Beweis dafür, daß der dem Unternehmerkübel verabreichte Stiel gefessen hat.

In dem erwähnten Artikel zeigten wir an einwandfreiem Material, daß das Unternehmertum durch die Arbeitgeber-Zeitung neuerdings ganz im Gegensatz zu früher eine Annäherung mit den christlichen Gewerkschaften herbeizuführen wünscht, damit diese in Zukunft gepaart mit den „Gelben“, gegen die gefürchteten freien Gewerkschaften Sturm laufen. Da nun die Hirsch-Dunderschen, zumal wenn sie überall so geleitet werden, wie in Magdeburg von Herrn Büttner aus Stettin, — und wir haben bei Abfassung unseres Artikels besonders an Magdeburg gedacht — durch die von ihnen begangenen Verratereien an den Arbeiterinteressen nicht minder im schärfsten Gegensatz zu den freien Gewerkschaften stehen, von der Arbeitgeber-Zeitung aber bei ihren Ermahnungen an das Unternehmertum, daß man „die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie völlig geeinten“ Gewerkschaften mit den Gelben paaren solle, mit keinem Worte erwähnt worden, so lassen wir daraus vollkommen folgerichtig, daß sich eben die Unternehmer des Hirsch-Dunderschen schon völlig sicher füßen. Wir schreiben darüber am Schluß unseres Artikels zum Vergegen des Herrn Büttner wörtlich:

„Auffallen muß schließlich, daß die Hirsch-Dunderschen in dem ganzen Artikel seines Wortes gewürdigt werden. Dies kann nur so gedeutet werden, daß man sich dieser von vornherein sicher glaubt. Da die Presse dieser Organisationstruppe mit den reaktionärsten Preberzeug-

nissen in der Bekämpfung jeder konsequenten gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Verbreitung von Reichsverbandsflügen wetteifert und die freiinnige Partei, mit der die Hirsch-Dunderschen bekanntlich eng verbunden sind, seit den letzten Reichstagswahlen mit den grimmigsten Feinden der Arbeiter, den Konservativen und Nationalliberalen, auf Geheiß von Bülow in ein Kartellverhältnis, die berühmte Paarung, eingetreten ist, und weil die H.-D. den Besitzungsnaßweiss für qualifizierte Streikbrüder schon verschiedentlich erbracht haben, ist es nicht verwunderlich, daß die Scharfmacherzeitung glaubt, einen besonderen Nutzen des Liebesverbots um die Hirsch-Dunderschen gar nicht erst nötig zu haben.

Unsere Kollegen aber mögen aus den Plänen des Unternehmerorgans und dem Verhalten der uns feindlichen Gewerkschaftsgruppen ersehen, daß alles darauf abzielt, die Stärke der frei organisierten Arbeiterschaft zu schwächen. Demgegenüber kann nur helfen: Starrung und fortgesetzter Ausbau unseres Verbandes!“

Diese durchaus logische Schlussfolgerung und richtige Charakterisierung der Hirsch-Dunderschen soll nun nach dem M.-A. des Herrn Büttner Jesuitenmoral verraten, einem einflßigen Kopfe entstanden, oder eine Verleumdung der alten ehrlichen Gewerkschaften sein. Und schließlich wirst sich der Arbeiterführer und tapfere Freiheitsmann in die Brust und erklärt: „Ist den Verbundsfunktionären nicht die Resolution der deutschen Gewerkschaften bekannt, welche sie gegenüber jenen Gründungen (den Gelben) gefaßt haben?“ Allen Respekt vor solcher — na, sagen wir — Röhre.

Im Vorjahr kommandiert Herr Büttner, getreuer Gewerkschaftsstaatsrat nach dem Schema des bekannten Erkelzschens Geheimzirkulars seine Schäfchen in Magdeburg zum Streikbruch und jetzt verlangt er dreist und gottesfürchtig, wir sollten eine Resolution der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gegen die „Gelben“ anders als ein plumpes Komödienstück, als Heuchelei und offenkundige Spiegelfechterei betrachten, der nichts weiter zugrunde liegt, als bläßer Konkurrenzgeist gegen die gelben Brüder, weil die eventuell den Hirsch-Dunderschen im Verrat der Arbeiterinteressen noch etwas voraus bekommen könnten. Oder sollen wir die Hirsch-Dunderschen nach ihren Streikbruchaktionen deshalb anders bewerten als die „Gelben“, weil diese ihre stete Bereitwilligkeit zur Arbeitswilligkeit offen zugeben, während die Hirsch-Dunderschen ihre Abstichs- und förmlichen Theorien über Ziel und Art des organisierten Streikbruchs nur in Geheimzirkularen offenbaren, die man dann öffentlich abzuleugnen sucht, aber praktisch desto gewissenhafter besucht? Oder sollen wir das gekennzeichnete Gebaren der Hirsch-Dunderschen deshalb als berechtigt erklären, weil sie ihre im Schwinden begriffene Organisation als Anhänger der mit den konservativen Arbeitersindern gepaarten Freisinnsparteien nicht anders mehr zu erhalten vermögen, als durch bairträchtige Unterstützung durch das organisierte Unternehmertum, die diese ihnen für geleistete Arbeitswilligen und gelegentliche Denunziantendienste (Siehe Magdeburg) in weitestem Maße angedeihen läßt. Oder will man uns zumuten, zu glauben, daß man durch das Wetteifern im Abschluß von blödsinnigen Terrorismusflügen aus der Korrespondenz des berüchtigten Reichsverbandes und der Presse der „Gelben“ oder solchen, die man frei erfunden hat, etwas anderes bezweckt, als sich beim Unternehmertum für geistige Dienstbereitschaft in Erinnerung zu bringen? Wofür dann schließlich auch die Arbeitgeber-Zeitung mit ihrer Anerkennung verschiedentlich nicht zurückgehalten hat?

Nach solchem Verhalten der Hirsch-Dunderschen war unsere Charakteristik völlig am Platze und wir sind auch nicht geneigt, auch nur ein Wort davon zurückzunehmen.

Die Krone segt Büttner aber seinem ganzen Gebaren auf, indem er seiner immerhin noch so etwas wie ein böses Gewissen verratenen Schimpfepistel zwei Fragen anhängt, durch die mysteriös angedeutet werden soll, daß bei uns die Streikbrecher nicht ausgeschlossen würden und von Magdeburg die „Gelber“ nicht ordnungsgemäß an die Hauptkasse abgeführt werden seien. Beide Fragen sind ebenso unsinnig wie durchsichtig und zudem wäre gerade Büttner, ausgerechnet gerade dieses Menschen der richtige, dem durch örtliche Verwaltungen über innere Verbandsangelegenheiten, die ganz allein der Selbstständigkeit der Filialen unterliegen, besondere Auskunft erteilen. Es ist ein beliebter Trick einer gewissen Menschenhorde, daß, wenn sie bei einer unzulässigen Handlung erfaßt oder festgenagelt werden, die Aufmerksamkeit durch Verdächtigung anderer abzulenken suchen. Das ist dann nicht nur Gesüte, sondern schon mehr Spißbubenmoral.

Lohnbewegung.

Sperren. Über folgende Werkstätten wurde die Sperre verhängt:

Krothe in Neugersdorf (sächs. Lausitz); Gebr. Metz in Offenburg i. B. resp. die Masernneubauten in Mühlheim i. B.; Schwarz, Barankiewicz, Antecoski und Bankowiak in Ostrowo; Max Fritsch, Oskar Langer und Jos. Görlich in Sagan; Gleichy in Sonneberg, G. M.; Bruno Krämer in Zeitz; Klages u. Hohn in Königsberg; Carl Trutwein in Weißwasser; Martin u. Weber in Brückau.

Sperren, über die innerhalb vier Wochen nicht berichtet wird, werden aus dieser Bekanntmachung gestrichen.

Wegen der Kämpfe im Baugewerbe zu Berlin und Erfurt werden die Kollegen vor Zarese gewarnt.

— In Magdestadt gelang es den Kollegen ohne Arbeitseinstellung einen Tarif abzuschließen. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden. Der Mindestlohn für Kollegen über 19 Jahre 55 M., junge Kollegen erhalten bis zum 19. Jahre 5 M. weniger. Nebestunden werden mit 20 M., Nacht- und Feiertagsarbeit mit 60 M. pro Stunde mehr bezahlt. Lohnzahlung findet Sonnabends spätestens bis Schluss der Arbeitszeit statt und möglichst aus der Arbeitsstelle. Der Tarif gilt vom 1. September 1907 bis 1. April 1909.

Mögen die Kollegen durch weiteres Zusammenhalten dafür sorgen, daß dieser Tarif auch korrekt durchgeführt wird, von beiden Teilen, dann wird es ein Leichtes sein, auf dieser Grundlage weiter zu bauen.

— Sonneberg i. Th. Die Lohnbewegung der biesigen Kollegen ist für uns erfolgreich beendet worden. Bisher bestanden hier vollständig unregelmäßige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bei der 11stündigen Arbeitszeit wurden

Löhne bezahlt, die den örtlichen Verhältnissen entsprechend höchstens minimale genannt werden müssen. Weder für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Überlandarbeit, noch für besonders schwierige Arbeiten wurden Aufschläge bezahlt, es wurde, mit einem Worte gesagt, alles nach Willkür der Arbeitgeber gehandhabt. So lange unsere Kollegen nicht organisiert waren, mußten diese Zustände ertragen werden, denn bessere Zustände zu schaffen, ist nur die Gesamtheit der Kollegen, ist nur die Organisation imstande. Durch den Tarifabschluß haben wir die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt. Ein Minimallohn von 43 M. wurde für Malergehüßen und ein solcher für Gehüßen im ersten Jahre nach der Lehre sowie für Aufstreicher vereinbart. Für Überstunden und Sonntagsarbeit wird ein Aufschlag von 10 M. pro Stunde, bei Überlandarbeit, wo übernachtet werden muß, eine Auslösung von 100 M. pro Tag für verheiratete, und 1 M. für ledige Kollegen gewährt. Bei Überlandarbeit, wo die Wohnung abends wieder erreicht werden kann, werden 50 M. pro Tag vergütet. Beim Aufbau von Gerüsten wird ein Aufschlag von 3 M. pro Stunde bezahlt. An den Vorabenden vor Ostern und Pfingsten ist schon um 4 Uhr nachmittags Tarifschluß; der Tag wird voll bezahlt. An dem Tarif ist ferner die Errichtung eines Arbeitsnachweises vorgelehen, die Verwaltung und Leitung desselben liegt in unseren Händen. Ferner wurde noch eine Schlichtungskommission eingesetzt und der Tarif bis 1. Mai 1908 abgeschlossen. Durch diesen Tarifabschluß haben wir unsere Verhältnisse geregelt und nicht unbedeutend verbessert, die gute Organisation unserer Kollegen hat bewiesen, daß sie in der Lage ist, in der wirksamsten Weise für die Interessen der Kollegen einzutreten. Bei den Verhandlungen, an denen auch unser Bezirksleiter Kollege Nehrlorn teilnahm, wurden von verschiedenen Meistern alle möglichen Gründe ins Feld geführt, die eine Ablehnung unserer rechtlichen Forderungen rechtfertigen sollten. Unsere mit dem notwendigen Tatsachenmaterial belegten Ausführungen konnten natürlich die Argumente dieser Meister nicht standhalten und nach längeren und wiederholten Verhandlungen kam vorstehender Tarifabschluß zu Stande. Die Kollegen Sonnebergs werden nun den Wert der Organisation in vollstem Maße zu würdigen wissen, sie werden aber auch einsehen, daß nur eine gute und strenge Organisation und die beste Gewähr für die Einhaltung des Tarifes bietet. Was deshalb jeder einzelne auch fernerhin seine Pflicht als organisierter Arbeiter tun, damit wir auf der eben betretenen Bahn richtig weiter marschieren können. Die Meister hatten dem Tarif noch einen Nachtrag angehängt, der so interessant ist, daß er zur allgemeinen Kenntnis der Kollegen Deutschlands gebracht zu werden verdient. In der nächsten Nummer des B.-A. werden wir auf das Geistesprodukt zurückkommen.

Aus unserem Berufe.

+ **Submissionssätze.** In Wandbeck wurde bei der Vergabe der Maler- und Tapezierarbeiten des Justizneubaus die Fachkenntnis der Handwerksmeister wieder einmal trefflich beleuchtet. Die Angebote schwanken zwischen 3873,77 M. (Schul-Mitona) und 8499,60 M. (Specht-Wandsbek). Der mindestfordernde Wandsbeker Unternehmer war Hagen mit 4725,33 M. Dabei ist ein Tarif in Kraft, der für die Städte Hamburg, Mitona und Wandsbek einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegt.

Arbeiterversicherung.

Die besondere Betriebsgefahr des Streikbrechers. Eine bemerkenswerte Entscheidung fällt nach der „Münch-Bott“ das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Nürnberg. Die Witwe eines Nürnberger Bauarbeiters behauptete, ihr Mann sei, als er bei der vorjährigen Bauarbeiterausstellung als Streikbrecher zur Arbeit ging, auf dem Wege von Streitposten misshandelt worden. Die Aufregung hierüber habe den Tod des schon frischen Mannes verursacht. Die Verzte kontinent tatsächlich nicht feststellen. Ein Beweis für die angebliche Misshandlung ist ebenfalls nicht erbracht. Außerdem führte der Vertreter der Baugewerkschaftsgenossenschaft an, sei bisher ein Unfall auf dem Wege zur Arbeitsstätte nicht als Betriebsunfall angesehen und alle diesbezüglichen Rentenansprüche seien abgelehnt worden. Das Gericht sprach der Witwe die Rente zu mit der Begründung: die Misshandlung eines Streikbrechers auf dem Wege zur Arbeit müsse als Betriebsunfall angesehen werden.

Fachliteratur.

Hilfsbuch zur Vorbereitung auf die theoretische Meisterprüfung und zum Gebrauch in gewerblichen Fortbildungsschulen. Von C. Henze, Sektor in Lügau. Pädagogischer Verlag von Hermann Schroedel, Halle a. S. Preis 1,60 M. Ein empfehlenswertes, aus der Praxis hervorgegangenes Buch, das auch besonders den Schülern der gewerblichen Fortbildungsschulen von großem Nutzen sein wird. In 12 Abschnitten gegliedert, gibt das Buch über alle gesetzlichen Vorschriften für das Gewerbe, über die Organisation des Gewerbes, über die Arbeiterschutz- und sozialpolitische Gesetzgebung, über die wichtigsten Reichs- und Landesgesetze, Genossenschaftsrecht, Rechnungswesen usw. sichere und klare Auskunft.

Deutsche Malerzeitung die Mappe. Von dieser illustrierten Zeitschrift für Malerei ist Heft 6, das Septemberheft erschienen. Von dieser empfehlenswerten Fachzeitschrift erscheinen jährlich 12 Monatshefte und 104 Halbwochennummern der Deutschen Malerzeitung. Für Deutschland beträgt der Abonnementspreis pro Quartal 3 M., für Österreich-Ungarn 4 M., für das übrige Ausland 3,75 M. Verlag: Georg D. W. Gallwey, München.

Richtigstellung. In unserer Volkskunst gegen den christlichen Malerverband gaben wir die Zahl der in diesem Verband beobachteten Kollegen mit 3 an. Es sind aber, wie uns mitgeteilt wird, bereits 4 angestellt.

Sterbetafel.

Stuttgart. Am 17. August verschied unser Kollege Eugen Feldbauer, im Alter von 19 Jahren. — Am 26. August verschied unser Mitglied August Hilss, im Alter von 20 Jahren infolge eines Unglücksfalls. Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil. Wekanntmachung.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des Statuts § 7 Abs. a durch die Filiale Berlin das Mitglied Heinr. Unger, geb. 8. Juli 1865, Buchn. 14 669. Durch die Filiale Buchum Paul Kallenbach, Buchn. 85 406, § 7 Abs. b. Durch die Filiale Wiesbaden Wilhelm Hammer aus Dohheim, Buchnummer 69 998, § 7 Abs. d.

Der Mälerkalender vom Jahre 1908 wird Ende dieses Monats zur Verwendung gelangen und erfüllen wir die Filialverwaltungen rechtzeitig mit den Bestellungen zu beginnen. Bestellungen von nicht unter 10 Exempl. werden den Filialen zum Preise von 55 M pro Stück verabfolgt, während bei geringeren Bestellungen das Stück 60 M kostet. Der Versand geschieht in allen Fällen portofrei.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Julius Buisse, Buchn. 13 948, bez. bis 29. Woche 07 (Thorn); Bernhard Dahl, Buchn. 18933, bez. bis 22. Woche 07 (Hamburg); Christian Erber, Buchn. 35 734, bez. bis 28. Woche 07 (Woritzheim); Wilh. Schanze, Buchn. 23 718, bez. bis 34. Woche 07 (Düsseldorf); Karl Schmidt, Buchn. 23 196, bez. bis 30. Woche 07 (Quedlinburg); Josef Bräu, Buchn. 36 825, bez. bis 35. Woche 07.

Der Vorstand.

Material wurde versandt:
B. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken. Br. = Buchführ. D. = Duplikatmarken. F. = Futterale. Berlin 50 000 B. a 60 M, 1000 E. 50 D.; Brandenburg 1200 B. a 50 M, 1200 B. a 20 M; Braunschweig 3200 B. a 60 M, 1200 B. a 50 M; Crefeld 50 E.; Dortmund 5200 B. a 55 M; Eberswalde 800 B. a 20 M; Essen 200 E.; Frankfurt a.M. 20 000 B. a 55 M, 10 000 B. a 50 M, 300 E.; Freiburg i. S. 100 B. a 45 M; Freiburg i. Br. 400 B. a 25 M; Göttingen 1200 B. a 50 M, 10 E.; Hirschberg 400 B. a 50 M, 800 B. a 20 M; Katowice 400 B. a 55 M; Kiel 6000 B. a 60 M; Koblenz 600 B. a 50 M, 1200 B. a 20 M; Konstanz 800 B. a 50 M, 800 B. a 20 M; Kulmbach 100 B. a 50 M, 200 B. a 20 M; Nowawes 800 B.

Anzeigen.

Malergehülfen gesucht. R. Beder, Perleberg.

I Holzmaler und mehrere Maler gehülfen sofort gesucht. J. Witt, Sonderburg.

Filiale Nowawes.

Achtung! Achtung!
Der Kassierer Kollege Hermann Baars
wohnt Wilhelmstr. 26. [1.20]

Thielemann, Karl,
geboren am 21. Mai 1874 in Halle, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Filiale Leipzig gegenüber nachzukommen. Wer den Aufenthalt Th. k. kennt, wird ersucht, uns davon Kenntnis zu geben. [1.60] Bahnstelle Leipzig.

Welchem Kollegen ist die Adresse des Kollegen Heinr. Poggensas, geb. 1888 zu Dortmund, bekannt? Derselbe wird ersucht, mir dieselbe mitzuteilen. Emil Bachhaus, Elberfeld, [1.20] Reitbahn 17.

Kollege Hellmuth Wächter
wird ersucht, seine Adresse an Aug. Neumann, Hamburg 26, Dönsnerstr. 7, [1.00] einzufinden.

Otto Goldetwey
Dein Bruder W. im Bant wünscht dringend Deine Adresse.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.-
Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturgetreu). Ph. Brühl, Geisen i. Westf.

Erste Schule für Holz, Marmor und Schrift

Wilhelm Klingelmann, München,
Liebigstrasse 22.
Prospekte gratis. [2.00] Prospekte gratis.

Unterricht in Holz- und Marmormalen
Beginn des Semesters 15. Oktober.
Mährer Rahlf, Dresden, Schanzenstr. 21, Dthz. I.

Detmolder Malerschule
Spezial-Lehrkräfte für Dekor-Malerel. — Holz, Marmor, Schrift. Prospekt frei.

a 60 M; Quedlinburg 20 E.; Ruhla 400 B. a 50 M, 400 B. a 20 M; Siegen 20 E.; Stuttgart 20 F.; Wiesbaden 10 000 B. a 55 M.

Nach dem 24. September können Marken und sonstige Wertzeichen für das 3. Quartal nicht mehr versandt werden. Sendungen für das 4. Quartal können erst dann erfolgen, wenn die Abrechnung vom 3. Quartal bei der Hauptkasse eingegangen ist.

Bericht der Hauptkasse vom 2. bis 9. September.
Eingelandt wurde:

Hörford 100, Tönning 16.41, Bamberg 100, Elberfeld 800, Crefeld 200, Regensburg 300, Gotha 600, Vielesfeld 200, Chemnitz 800, Oberstein 50, Hamburg 1500, Bittau 276, Würzburg 500, Sagan 44, Altenburg 100, Danz 149.20, Mannheim 600, Reitz 261.40, Schönebeck 43.75, Essen 800, Kiel 800, Hildesheim 380, Nischa 41.60, Mecklenburg 150, Braunschweig 350, Bremerhaven 310, Leipzig 800, Neumünster 50, Lüneburg 110, Diederhoven 40, Wilhelmshaven 400, Eisenach 100.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands
(Eingeschriebene Hülfkasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassierers vom 1. bis 7. September 1907.
Nebenschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Borchers-Wolfenbüttel 75 M; Brandenburg 50 M; Berlin-Groß-Lichterfelde 300 M; Bremen 100 M; Scheid-Hamburg-Barmbeck 100 M; Schmid-Kiel 500 M; Schiller-Charlottenburg 200 M; Rother-Aldershof 100 M; Klauke-Einstwalde 50 M.

Buchschuss wurde abgesandt für die örtliche Verwaltung in Köln-Ehrenfeld an Bender 50 M.

Krankengelder erhielten: Buchn. 14 820, O. Oberhardt in Arnis 25.20 M; Buchn. 24 643, H. Wulf in Recklinghausen 6.30 M; Buchn. 6051, F. Fischer in Bartenstein in Ostpreußen 25.20 M; Buchn. 16 851, H. Griebsch in Bismarck 29.40 M; Buchn. 28 470, W. Müske in Eggesin in Pommern 25.20 M.

J. H. Bulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Abrechnung für das 1. und 2. Quartal 1907.

Einnahme:

Reservefonds und Kassenbestand der Hauptkasse am 1. Januar 1907	210 189.82
Kassenbestände in den örtlichen Verwaltungen am 1. Januar 1907	16 076.05
Beiträge von belegten Kapitalien	4 665.87
Beitrittsgeholde	3 498.
Beiträge 1. Klasse	148 177.80
Beiträge 2. Klasse	369.60
Extrasteuern	3 768.40
Erfahrleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung	687.88
Sonstige Einnahmen	592.70
Summa M 388 025.62	

Ausgabe:

Für ärztliche Behandlung	M 17 838.37
Für Arznei und sonstige Heilmittel	15 643.52
Krankengelder 1. Klasse	102 338.56
Krankengelder 2. Klasse	151.25
Krankengelder an Angehörige der Mitglieder nach § 9 Biffer 3 des Statuts	1 135.81
Sterbegelder 1. Klasse	4 553.25
Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	11 967.45
Zurückgezahlte Beiträge und Beitrittsgelder	46.85
Verwaltungskosten (persönliche)	10 531.76
Verwaltungskosten (fachliche)	4 383.45
Sonstige Ausgaben	299.40
Kassenbestände in den örtlichen Verwaltungen am 1. Juli 1907	24 310.69
Reservefonds und Kassenbestand der Hauptkasse am 1. Juli 1907	194 830.28
Summa M 388 025.62	

Abrechnung:

Die Netto-Einnahme betrug	M 161 760.25
Die Netto-Ausgabe betrug	168 884.70
Ergibt eine Wenigereinnahme von	M 7 124.45
Vorstehende Abrechnung ist von uns revidiert und für richtig befunden:	
Der Ausschuss	
W. Nier. Fr. Bartels. C. Blume.	

Erstklassige Kölner

Holz- u. Marmorschule

Georg Haaf, Köln a. Rh.,
Grosse Brinkgasse 9.

Beginn der Kurse 1 November bis 15. Februar
Eintritt jederzeit - Keine Zeitverschwendungen
Einfache und praktische Methode - Zahlreiche
Anerkennungen von Schülern - Für gute
Ausbildung Garantie - Für ältere Schüler
separater Raum - Prospekt frei.

Malerschule Gotha

Wirklich praktische Schule
— Auf der Höhe der Neuzeit
Überraschend sicheren Erfolg
Mäßiges Schulgeld. Prospekt frei.

Gebr. C. u. H. Dreier,

Bremenhaven, Grünewstr. 60, II.
Schule für Dekorationsmaler, Holz- und
Marmor-Imitation, sowie für Schriften.
Malt und Glanzvergoldung.
Wintersemester: 1. November bis 31. März
Prospekt gratis und franko.

Fach-Schule für Holz- und Marmor-Maler

M. Nabben, Ankerstr. 118

Düsseldorf Gegr. 1896.

Prämiert mit höchsten Auszeichnungen und Medaillen. Dortmund 1906 Schüler 1. und 2. Preise. Prospekt frei. Porenwalze D.-R.-G.-M. Baar 8 M. für Holz- und Marmor-Imitation von A. Pritschau, Hammelburg, (Bayern). — Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom 15. November 1907 bis 1. März 1908. Prospekt gratis.

Maler - Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität

Umlegesachen, schräge Taschen
110 120 130 140 cm lang
3.— 3.10 3.25 3.40 M.

Mützen 40 M, Nessel-Hosen 2.10 M, Dreihosen und Jacken von Leinen à 2.80 M.
Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brückenstraße 18, I.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 86 des Korrespondenzblattes für die Bevölkerung und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx
Hamburg, Schmalenbekerstr. 17.
Verlag von H. Wentker, Hamburg 22.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Soeben erschienen:

Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben von der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Verlag: A. Tobler, Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der im vorigen Jahre aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahnstelle beziehen, nur 1 Mk.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeschriebene Hülfkasse Nr. 71.)

Eintrittsgeld 2 Mk. Wöchentlicher Beitrag Mark 0.60. Krankengeld pro Wochentag Mark 2.10, für 26 bezw. 52 Wochen. Sterbegeld Mark 110.— Kassenvermögen am Schluss des Jahres 1906 Mk. 226,267,87; in über 150 Städten hat die Kasse örtliche Verwaltungsstellen errichtet, und wird den Kollegen der Beitritt empfohlen.

Der Vorstand.

MALERSCHULE HAMELN a. d. Weser.

Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz und Marmormalerei, sowie Vorträge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten durch bestätigte Fachlehrer. Gegründet 1896. — Separate Lehräume. — Prospekte frei.

Prämiert: Doberan 1905. — Rostock 1907.

!! Nur einen Monat Unterricht !!

für naturgetr. Holz- oder Marmormaler bei Fr. Schott, Schwerin 1. Mr. 5. Selbst gering Begabten volle Garantie. Illustrierte Prospekte der Schule und des Werkes zur Selbststeuerung frei.

Münchener Dekorations-Malerschule von Ludwig Harms.

Schulbeginn 1. November.

Wörthstr. 23, II, St. Gth.; Prospekte gratis.

Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmaler

Bekannt beste Schule. — Gegründet 1887. — Fachgemässer Unterricht. Keine Zeitverschwendungen. — In jeder Richtung tonangebend. — Höchst prämiert. Über 500 Anerkennungsschreiben. — Man verlangt kostenlose Prospekt.

Die Bleierkrankungen in den Gewerbeinspektionssberichten der Kulturländer.

Unser einziges Gut ist die Arbeitskraft. Mit ihrem Nutzen bricht unsere und die wirtschaftliche Existenz unserer Familie zusammen. Darum hat jede praktische Maßnahme, die geeignet ist, entweder die Berufskrankheiten zu mildern oder sie unmöglich zu machen, für die gewerblichen Arbeiter besonders große Bedeutung.

Im Gegensatz zu der großen Zahl anderer Gewerbe-krankheiten ist ja die Bleierkrankung der medizinischen Forschung kein Problem mehr. Die soziale Medizin kennt heute das typische Krankheitsbild der Bleierkrankung. Wie ist sie zu verhindern? ist für Mediziner, Sozialpolitiker, Gewerkschaftler, vor allem für die Arbeiter, die entscheidende Frage.

Nun ist soeben im Verlage der Buchdruckerei-Mitgliedschaft Gutenberg-Berlin ein Buch von Dr. E. Z. Kleiber-Berlin über: Internationale Weverbücher über Gewerbehygienen erschienen, das wir allen Gewerkschaftlern zum Studium empfehlen können.

Entsprechend der leider großen Ausdehnung der Blei-
erkrankungen nehmen sie in dem Buche, wie in den Ge-

Erfahrungen nehmen sie in dem Maße, wie in den Ge-
werbeinspektionsberichten den größten Raum ein. Sind
woch dieser Erfahrung am meisten ausgesetzt: die Arbeiter
des Maler- und Lackierergewerbes, der Blei-, Zinn-, Zinshütten,
der Bleiweiß-, Weißfarben-, Bleiprodukten-, Blei-
zunder-, Bleikabel-, Mennige-, Minium-, Alkunulatoren-,
Ofen-, Ofenschalen- und Steingutfabriken, der chromolitho-
graphischen Anstalten, der Glashütten und Glas-
malereien und der Buchdruckereien und Schriftgießereien.

Wir werden uns natürlich nur soweit mit den anderen Berufen beschäftigen, als sie in direktem Zusammenhange stehen mit den Erscheinungen, die für das Maler- und Lackierergewerbe direkt von Bedeutung sind. In den 10 Bleiweißfabriken des Auffichtsbezirkes Köln ist die Zahl der Bleierkrankungen und Krankheitstage bedeutend zurückgegangen, was wesentlich der Verbesserung der Betriebseinrichtungen zu danken ist. Man hat dort eine Anstreichmaschine angewandt, die es dem auf dem Erdboden stehenden Arbeiter ermöglicht, daß für die Bleiwerksfabriken vorgeschriebene Ausstreichen und Abwaschen der Wände bis in den letzten Winkel zu besorgen. In den beiden Düsseldorfer Bleiweißfabriken ist in der ersten die Zahl der Bleierkrankungen gleich geblieben, jedoch die Zahl der Krankheitstage von 17 auf 85 gestiegen, während in der zweiten, Bleierkrankungen und Krankheitstage gestiegen sind. In den Bezirken Breslau, Hildesheim, Lüneburg, Lübeck und Coblenz ist die Zahl der Bleierkrankungen zurückgegangen. Doch sei hervorgehoben, daß in den drei Bleiweißfabriken des Bezirkes Hildesheim jede einzige Erkrankung mit 26,2 Krankheitstagen dem Einfluß des Fleies zuzuschreiben ist.

Gedabeau auffallend ist, daß die preußische Meilverbespfeetionsberichte über Erfahrungen im Maler- und Künstlergewerbe sowie in Buchdruckerei- und Schrift-

ittlerergewerbe sowie in Buchdruckerei- und Schreib-
gerätebetrieben so gut wie nichts mitteilen. Unser S die
herrliche Spaltung. Sie spricht aus, daß die
arbeiter des Maler gewerbes am meisten er-
rter den gesundheitsschädlichen Wirk-
ungen des Blei es zu Leiden haben. Die Be-
völkerung hat darum diesen Gewerben ihre ganz besondere
Aufmerksamkeit zugewandt. Zur sachlichen Inspek-
tionsberichte nehmen die Bleierkrankungen in den Kreis-
auptmannschaften Dresden, Leipzig, Zwickau den größten
Raum der Gewerbeerkrankheiten ein. So waren in einer
Zucker- und Bleifarbenfabrik des Bezirks Zwickau die
Erkrankungen gegen das Vorjahr von 49 auf 70 gestiegen,
gegen haben sie in einer Ofentachelfabrik in Wurzen
genommen. Im Bezirk Leipzig gelangten zur Anmel-
lung Bleierkrankungen von 92 Mälern und Lackie-
rern, 182 Schriftsehern, 25 Schriftgießern und 9 Moten-
schern und eine Anzahl Arbeiter anderer Berufe. Die
geringe Zahl der Erkrankungen bei der Bleifarbenfabrik
in Sachsen-Weimar ist zum Teil darauf zurückzufüh-
ren, daß nur 10 Prozent des hergestellten Bleiweißes in
einem Zustande übergeführt und so weiter verarbeitet
wird. Zwei Fälle von Bleierkrankungen zweier Maler —
deren davon tödlich — kamen dem Gewerbeinspektor von
Leipzig zu Ohren. In einer chemischen Fabrik des-
selben Bezirks ist es gelungen, aus einem ganz billigen
Soda ein ganz reines
Schwefelsulfat zu gewinnen, was das schäd-
liche Bleiweiß für das Maler gewerbe voll-
ständig erseht. Die Großfabrikation ist bereits 1905
erfolgt worden.

Aus Österreich haben zehn Gewerbeinspektorate über Bleivergiftungsfälle Mitteilung gemacht. Vier betrafen Altergehilfen, darunter ein Fall mit tödlichem Ausgang bei einem Christenmaler. Wie plötzlich eine heilbare Bleivergiftung entstehen kann, zeigt ein Fall, ein Arbeiter einer Maschinenfabrik ein mit Minium ülltes Glas fallen ließ, zerbrach und nur ganz von dem aus, der ihm in Mund und Nase eindrang, eingehüllt wurde. In einer Porzellanmalerei in Stomotau ist zur Verhinderung der Bleierkrankung das Auffragen verboten mit in breitseitigen, oben verdeckten Verschlägen stattet, in deren Rückwand sich Saugöffnungen befinden, mit Saugleitung in Verbindung stehen. Auch in der Schweiz liefern die Bleierkrankungen das Hauptkontingent der gewerblichen Vergiftungen. Von 25 gezählten Fällen in den Kantonen Zürich, Uri, Schwyz, Ob- und Unterwalden, Glarus, St. Gallen, waren allein 4 tödliche aus dem Malergewerbe. In Fabrikbetrieben sind keine schwere Fälle vorgekommen. Auch aus dem III. schweizerischen Inspektionsbezirk wurden 25 Bleintoxikationen, davon 7 aus dem Malergewerbe in Basel gemeldet. Neben Verwendung von Bleiweiß schreibt Prof. Ward, Vorsteher der medizinischen Klinik des Kantonsspitals: „Dass Bleiweiß mit Del verröhrt wird, ist es beinahe fastlich harmlos im Gebrauch, besonders bei Beachtung einfacher Vorsichtsmaßregeln, — aber es werden durch die anderen breitseitigen Gefahren nicht aufgehoben, denen die Maler ausgesetzt sind durch Verbesserungen und Abstraktungen, die von ihnen ausgeführt werden.“

In Großbritannien haben die Bleierkrankungen ganz
völlig abgenommen; sie sanken von 1258 im Jahre 1899
auf 592 im Jahre 1905. Von Aufstreichern und

Möhrleger waren allein im Jahre 1905 163 Vergiftungsfälle gemeldet worden, wovon 28 tödlich waren. Doch ist hier gegen die 227 Fälle — 39 davon mit tödlichem Ausgang — im Jahre 1904 eine Abnahme zu bemerken. Die allgemeine Einführung der feuchten Reinigung hat erreicht, daß seitdem in einer Steingutfabrik kein Fall von Bleivergiftung sich ereignete. Ganz anders als in Deutschland fallen in England die Strafen wegen Übertretung aus. 100 £ und sonstige Kosten mußte ein Unternehmer zahlen, weil ein Arbeitsbursche keinen Schuhanzug trug und dadurch einen Unfall von Bleivergiftung erlitt. Sehr wichtig ist die Mitteilung des Inspektors von Birmingham, daß die Arbeitsleute der Maler, mehr als die gelernten Maler von der Bleierkrankung betroffen werden, weil sie den ersten Farbenanstrich machen müssen, der als Bleifarbe bekannt ist. Der Medizinilinspektor macht Aussführungen zu den Berichten der Untersuchungsärzte, die für die — deutsche Gewerbeaufsicht sehr beherzigenswert sind: „Die Durchsicht von tausenden Berichten über Bleivergiftungen drängt die Überzeugung auf, daß Staub eine viel bedeutendere Rolle bei Bleivergiftungen spielt, als irgend etwas anderes. Das wird von den Untersuchungsärzten oft übersehen und besonderes Gewicht auf den Mangel an Sauberkeit bei den Arbeitern gelegt. Sie sollten sich endlich von der Idee freimachen, daß die blaue Linie am Rahnfleisch oder andere Zeichen von Bleiaufnahme notwendigerweise auf Nachlässigkeit des Arbeiters oder besondere Empfänglichkeit für Blei hindeuten müßten. Sie sollten lieber nachfragen, ob wiederholt Arbeiten verrichtet werden müssen, bei denen Staub sich entwickelt, ganz einerlei, ob viel oder wenig.“ Zu der Berufung eines Bleiweißfabrikanten, der erklärte: er müsse seine Fabrik aufgeben, wenn er die gesetzlichen Vorschriften erfüllen sollte, bemerkte der niederländische Gewerbeinspektor: Er bedauerte die Aufhebung der Fabrik in keiner Weise. Denn Bleiweißfabriken werden ungeachtet aller hygienischen Maßregeln immer Fabriken bleiben, in denen die Arbeiter in mehr oder minderem Maße einer Bleivergiftung ausgesetzt sind. . . . Der einzige Weg, um den von dieser Seite drohenden Gefahren zu entgehen, ist das Verbot der Bleiweißfabrikation, gegebenenfalls auch des Gebrauchs von Bleiweiß.“ Alle Beamten verneinen die Möglichkeit, dem Vorkommen von Bleikolik bei Malern an Bauten usw. durch Reinlichkeitshygienevorschriften vorzugehen. Der Medizinaloberinspektor von Belgien meldet das Vorkommen von Bleivergiftungen in Fabriken für Akkumulatoren und elektrische Apparate in Fahrzeugschmieden und Töpfereien. Der Bericht beflagn, daß der Erlass, betreffend die Verwendung von bleihaltigen Farben nur auf die Malarbeiten mit Bleiweiß beschränkt sei, während doch dieselben Gefahren bei Malarbeiten und Kittbereitungen mit Mennige bestehen.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1905.

Das „Wochenzeitschrift“ veröffentlicht im Augustheft eine Uebersicht über die wichtigsten Ergebnisse der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1905. Die Zahl der Versicherten in den verschiedenen Zweigen betrug nach

	überhaupt Männer	Frauen	
Krankenversicherung . . .	11 903 794	9 053 373	2 850 421
Unfallversicherung . . .	19 743 000	13 526 000	5 217 000
Alters- u. Invaliditäts-	10 712 000	7 552 500	1 717 100

versicherung . . . 13 948 200 9 232 800 4 715 400
Von je 1000 Personen der Gesamtbevölkerung waren
179 (192 im 1904) gegen Krankheit, 311 (309) gegen Unfall
und 231 (232) gegen Alter und Invalidität versichert.
Was die der Krankenversicherung unterliegenden Per-
sonen anbetrifft, so waren davon 47,4 Proz. in freien
Ortskrankenkassen, 23,8 Proz. in Betriebs- (Fabrik-), 12,8
Prozent in Gemeinde- und 12,9 Proz. in freien Hülfs-
kassen versichert, während die übrigen Kassenarten nur mit
geringeren Prozentsätzen der Versicherten vertreten waren.
Die Zahl der den Krankenkassen zur Entschädigung über-
wiesenen, also vor Ablauf der statutarisch geregelten Ma-
renzzeit nicht geheilten Krankheitsfälle betrug im Berichts-
jahr 4 848 610 (3 849 890 Männer und 998 720 Frauen),
die der entschädigten Krankheitstage 94 715 219 (71 299 777
resp. 23 415 442). Es kamen im Durchschnitt auf je 100
Versicherte 40,72 Krankheitsfälle und 796 entschädigte
Krankheitstage, gegen 40,66 und 789 im Vorjahr. Wie
in allen früheren Jahren seit Bestehen der Versicherung
war auch im Jahre 1905 die Erkrankungshäufigkeit der
Frauen mit 35 auf 100 Versicherte eine geringere als die
der Männer mit 42,5 Proz. Ihr steht jedoch eine längere
Dauer des einzelnen Krankheitsfalles gegenüber, infolge
deren im Berichtsjahr die Zahl der entschädigten Krank-
heitstage pro 100 Versicherte bei den Frauen sogar noch
größer war als bei den Männern (821,5 gegen 787,6).
Die Leistungen der Krankenversicherung, Honorare an
Ärzte und Heilgehülfen, Arzneien und andere Heilmittel,
Krankenhausverpflegung, Sterbegelder beliefen sich im
Jahre 1905 auf 257 317 245 M., d. i. auf den Erkrankungs-
fall 53,07 und auf den Krankheitstag 2,72 M. gegen 51,07
resp. 2,72 M. im Jahre 1904 und 27,67 resp. 1,94 M. im
Jahre 1885.
Die Unfallversicherung hatte im Jahre 1905 im ganzen
392 901 Unfälle, darunter 141 121 erstmals zu entschädigen.
Wie bekannt, ist die Unfallhäufigkeit in beständiger Zu-
nahme begriffen. Sie betrug pro 1000 Vollarbeiter:

	1900	1902	1904	1905
Gewerbe-Verufsgenossenschaft	8,6	9,2	9,5	9,6
Bau- und Forstwirtschaft	13,0	14,5	14,4	14,8
Staats- und Kommunalbetrieb	7,1	7,4	7,2	7,4

Was diese Steigerung auch zum Teil, wie das „Reichsarbeitsblatt“ dies tut, auf eine häufigere Verfolgung der Entschädigungsansprüche infolge besserer Kenntnis der Versicherungsgesetzgebung zurückzuführen sein, zweifellos liegt hier auch eine tatsächliche Steigerung der Unfallziffer vor, die dem immer rasender werdenden Tempo der kapitalistischen Produktionsmethode geschuldet ist. Das beweisen auch die am und für sich viel niedrigeren und auch viel weniger gestiegenen Ziffern der Staats- und Kommunalbetriebe, in denen die Profitsucht nicht in dem Maße alle Rücksicht auf Menschengesundheit und Leben erstickt. Der Gesamtbetrag der von der Unfallversicherung im Berichtsjahr gezahlten Entschädigungen (Kosten für Heil- und Pflege, Würdigung in der Vorzezeit, Angehörigen- und Verlebtenrente, Sterbegeld usw.) belief sich insgesamt

auf 136 147 717 M., d. i. auf den einzelnen Unfall durchschnittlich 151,68 M. gegen 151,70 M. im Vorjahr.

Im Gegensatz zu den beiden anderen Versicherungszweigen weist die Invaliden- und Altersversicherung im Verhältnis zur Zahl der Versicherten ständig sinkende Ausgaben auf. Die Inspektionsreisen der Vertreter des Reichs-Versicherungsamts und der zarte Druck von oben auf die Versicherungsaufstalten haben das „erfreuliche“ Ergebnis gehabt, daß die neu bewilligten Renten von Jahr zu Jahr zurückgegangen sind, wie folgende Aufstellung beweist:

Bewilligte	1903	1904	1905	1906
Invalidenrenten	152 862	140 092	122 868	110 969
Krankenrenten	9 216	10 449	11 871	12 422
Altersrenten	12 430	11 936	10 692	10 666
	174 508	162 477	145 491	134 057

Nur die vorübergehend bewilligten Krankenrenten haben eine leise Steigerung erfahren. Die Gesamtheit der Renten ist von 1903 auf 1906 um 23 Proz. zurückgegangen bei einem gleichzeitig gewachsenen Bestand der Versicherten um ca. 40 Proz.! Fürwahr ein Triumph moderner Sozialpolitik! Die Gesamtzahl und der Betrag der laufenden Renten stellte sich Ende 1905 auf 780 761 Invaliden-, 20 141 Kranken- und 34 100 Altersrenten, der dafür aufgewandte Betrag auf 114 287 000 resp. 3 140 352, resp. 19 476 432 M.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Abänderung der Gewerbeordnung. Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung der Gewerbeordnung zugegangen. Er enthält insbesondere Bestimmungen zur Ausführung der Berner Konvention über die Nachtruhe der gewerblichen Arbeiterinnen und Vorschriften über die Herabsetzung der 11stündigen Höchstarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf eine 10stündige Dauer. Ferner werden in ihm Bestimmungen zur Reglung der Hautarbeit getroffen.

— Zusammenschlüsse. Der Wäschearbeiterverband hat durch Urabstimmung beschlossen, sich dem Schneiderverband anzuschließen. — Der Verband der Bureauangestellten wird sich mit dem Verband der Krankenkassenbeamten vereinigen. Die Vorberatungen haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Die neue Organisation wird den Namen „Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands“ führen und circa 4000 Mitglieder zählen. In den nächsten Jahren werden beide Organisationen zunächst getrennt und dann zusammen in Berlin tagen und die Verschmelzung vornehmen. Der Verband wird auch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen werden.

— Im Stoffwehrverband wird jetzt die Urabstimmung vorgenommen, ob die Fusion mit dem Zentralverband der Maurer stattfindet.

— Das italienische Gewerkschaftsblatt „L'Operaio Italiano“, das von der Generalkommission herausgegeben wird und bisher in Berlin erschien, ist nach Hamburg überfiedelt. Alle Schriften, die die Redaktion, Expedition und Verlag dieses Blattes betreffen, sind von nun an zu adressieren: An die Expedition des „L'Operaio Italiano“, Hamburg 1. Welsenbinderhof 56.

— Ein Schrift zur Vertröstung. Die Politik des Kohlensyndikats, das infolge seiner dominierenden Stellung in der deutschen Kohlenproduktion die Preise des für die Industrie wichtigsten Rohstoffes immer weiter in die Höhe treibt und lange Zeit seinen Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen konnte, während es große Mengen von Kohlen nach dem Auslande verkaufte, nötigt die Industrie, sich nach Möglichkeit vom Syndikat unabhängig zu machen. Diese Absicht verfolgen offenbar auch 3 große chemische Werke, die Elberfelder Farbenfabriken, die Wadische Anilin- und Soda-fabrik und die Kreptower Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, die den gemeinschaftlichen Erwerb eines großen, außerhalb des Kohlensyndikats stehenden Bergwerks, der Zeche „Auguste Victoria“, zum Preise von 17 500 000 M. planen. Die Gewerkschaft ist im Besitz einer auf Steinkohle verliehenen Bergwerksgerechtsame von ca. 9 Millionen Quadratmeter in Sinsen bei Heddernhausen; außerdem ist ihr durch Mietungen und Verträge die Gerechtsame in einem Gebiet von 10 000 Quadratmetern gesichert, das mit der vorerwähnten Gerechtsame ein zusammenhängendes Ganze bildet. Sie teuft zwei Schächte ab: Ende 1905 bestand die Belegschaft aus 200 Mann.

ab; Ende 1905 bestand die Belegschaft aus 290 Mann. Der Ankauf dieses Bergwerkes bedeutet für die drei industriellen Werke nicht nur die Unabhängigmachung von den Preistreibereien des Kohlensyndikats und damit eine Verbilligung der Produktionskosten, er ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt zur Vertrüfung der chemischen Industrie in Deutschland, die nur noch eine Frage der Zeit ist. Vor kurzem lief durch die Zeitungen die Nachricht, daß ein Zusammenschluß der größten deutschen chemischen Werke geplant sei, und obwohl sie sofort dementiert wurde, erhielt sich das Gerücht doch ziemlich hartnäckig. Diese Auffassung fand auch in den Kursssteigerungen der Aktien der chemischen Industrie ihren Ausdruck, die in einer Zeit beträchtlich in die Höhe gingen, wo andere Industriepapiere im Kurse sanken. Mag die Meldung auch noch verfrüht gewesen sein, so besteht doch zwischen den oben erwähnten drei Werken schon eine Interessengemeinschaft, die durch den gemeinsamen Ankauf und Betrieb der Kohlenzeche noch festigat und der endgültigen Vertrüfung die Wege aban-

befreit und der endgültigen Verkrustung die Wege ebnen wird. Der eigene Betrieb einer Kohlenzeche ist auch insofern von großer Bedeutung für die Anilinfabriken, als ihnen damit außer der Kohle ein wichtiger Rohstoff für die Anilinfabrikation, der Steinholzenteer, der bei der Holzfabrication gewonnen wird, direkt zugängig gemacht wird. Sie kommen damit ihrem Ziele, der Vereinigung aller Stadien des Arbeitsprozesses in einer Hand, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat, wesentlich näher. Die Errichtung dürfte weiter auch durch die Errichtung von zwei chemischen Werken in Norwegen, die von dem Konzern der drei Gesellschaften mit einem Kapital von 34 Millionen Mark geplant ist, noch beschleunigt werden.

— Das „gleiche“ Reichstagswahlrecht. Das unser angeblich gleiches Reichstagswahlrecht infolge der seit dem

Jahre 1871 unverändert beibehaltenen Wahlkreiseinteilung immer mehr einen total unglichen wird, ist eine bekannte von der Arbeiterspreze häufig genug hergehobene Tatsache. Fast der gesamte Bevölkerungszuwachs ist seit jener Zeit den Großstädten und industriellen Zentren zu Gute gekommen, deren größtenteils dem Arbeiterstand angehörende Wähler dadurch ein relativ immer geringeres Stimmrecht erhalten im Vergleich zu den Wählern der ländlichen Kreise, in denen die Bevölkerung stationär geblieben oder gar zurückgegangen ist. Einer in dem fürzlich erschienenen Statistischen Handbuch für das Deutsche Reich veröffentlichten Zusammenstellung zufolge gab es im Jahre 1900 noch 86 Wahlkreise, deren Einwohnerzahl unter der bei der ursprünglichen Einteilung vorgesehenen Durchschnittszahl von 100 000 stand, obwohl sich die Gesamtbevölkerung seitdem um rund 50 Prozent vermehrt hatte. Davor halten die folgenden sogar einen direkten Einwohnerverlust erlitten:

Wahlkreis	1871	1900
Naufrag-Wegenwalde	102 868	97 724
Kubau-Beslau	98 714	97 418
Heiligenbeil-Br.-Eysau	100 968	94 903
Pr. Holland-Möhrungen	100 883	93 382
Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld	87 908	85 385
Greifswald-Kammin	80 924	79 968
Falkenberg-Großkau	84 864	78 617
Krautenberg-Münsterberg	83 281	77 257
Angerburg-Löhen	77 715	75 124
Glogau	74 237	72 622
Gebweiler	64 181	61 344
Rappoltsweiler	67 102	61 064

Die kleinsten Wahlkreise waren: Waldsee mit 57 918, Lauenburg mit 51 033 und Schaumburg-Lippe mit 43 132 Einwohnern. Diesen stehen auf der anderen Seite die riesigen Wahlkreise gegenüber, an ihrer Spitze Berlin VI mit 696 688, Telton-Veestlow mit 689 444, Bremen mit 566 813, Berlin IV mit 464 593, Hamburg III mit 448 614, Leipzig-Land mit 421 749 und München II mit 421 102 Einwohnern. Ein Schaumburg-Lippischer Wähler hat also unter diesen Umständen ein etwa 16mal so großes Wahlrecht wie ein Wähler des 6. Berliner Wahlkreises, obgleich man dem ersten doch selbst beim besten Willen keine entsprechend größere politische Intelligenz wird zusprechen können. Tatsächlich läuft die in dieser Richtung immer weiter forschreitende Entwicklung darauf hinaus, ein ausgeschöpftes Pluralwahlrecht zu Gunsten der agrarischen und zu Ungunsten der industriellen Bevölkerungs schichten des deutschen Reiches zu schaffen.

se.

Um die Zukunft der Dekorationsmalerei.

Eine Studie über die Ausbildung des Dekorations malers, Kritiken und Vorschläge von Hugo Hillig. Stuttgart, Verlag: „Der Maler“ F. F. Steinopf. 96 S. Broschier. Preis 1,20 M.

Der Verfasser, der bereits durch seine Tätigkeit als Redakteur für den technischen Teil des B.-A. den Mitgliedern unseres Verbandes bekannt, versucht hier von neuem durch Vorschläge in bezug auf bessere Ausbildung die Leistungsfähigkeit der Gehilfen und Meister zu erhöhen, um so das Gewerbe des Malerberufes wieder auf die Höhe des Ansehens zu bringen, das demselben als Kunsthändwerk zufolge. In der Kritik über die vorhandenen Mängel geht der Verfasser insbesondere gegen die in technischen Fragen vorhandene Unwissenheit bei Meistern und Gehilfen vor und sucht diesen Mangel in erster Linie auf die vollkommen verkehrte Ausbildung der Lehrlinge zurückzuführen. Die in den letzten Jahrzehnten emporgehobenen Privatschulen bezeichnet er als einen besonderen Krebschaden durch die Worte „Spezialistenquetschen“, vor denen zu warnen es die Pflicht der Gehilfenorganisation wäre. Die Frage der Berufsausbildung betrachtet der Verfasser als eine sehr ernste und weitgehende, indem er in seinem Vorwort schreibt: „Es ist dieses nicht nur eine ästhetische oder patriotische Frage, sondern vor allen Dingen eine Brotsfrage, eine Brotsfrage für uns und unsere Kinder.“ Die Frage der Ausbildung des Dekorationsmaler sei wirklich eine Kernfrage, um die sich die Zukunft des Malergewerbes drehe. In dieser Frage dürfen keine Interessenkonflikte zwischen Organisationen der Meister und denen der Gehilfen bestehen, wenn sie ihre Aufgaben ernst nehmen wollen.“

Über die wirtschaftliche Verfassung des Malergewerbes und deren Einfluss auf die Ausbildung heißt es im ersten Kapitel des Buches: „Seit 1870 kann man eine Vermehrung der im Malerberufe Verstüttungen von 200 Prozent annehmen und es kann niemand behaupten, daß eine solche Zunahme eine gefundne organische Entwicklung bedeuten könne, daß ein Gewerbe, das so üppig wuchert, innerlich fest sein müsse. Daß das so ist, das zeigt sich im Maler gewerbe in vielerlei Form und nicht zuletzt auch an der intellektuellen Verfassung des Berufes, an seinen Ausbildungsmöglichkeiten. Die Leistungsfähigkeit der Studentenmaler, der Dekorationsmaler, Lackierer und Anstreicher ist nicht in gleichem Maße mit der zahlreichen Zunahme gestiegen, man kann eher von einem diezen zahlreichen Zunahme adäquaten Rückgang der Berufstechnik, bez. Berufskunst der künstlerischen Möglichkeit, die in der Dekorationsmalerei liegt, sprechen und eben daraus erklärt sich zu einem guten Teile die Krise in der Dekorationsmalerei.“

Die Privatschule war um jene Zeit kaum erfunden und das praktische Geschäft ging nach 1870 zu gut, als daß jemand außer dem phantastischen Allesmöller und Nichtlönniger Herz. Rham in Bonn auf den Gedanken gekommen wäre, die schulmäßige Ausbildung als Geschäft zu betreiben. Erst später, als die goldenen Zeiten wichen, kamen einzelne Privatschulen auf die Bildfläche. Mittlerweile stellte sich nach 1870 auch die Fachpresse ein und diese sonderte natürlich auch mit in dem abgesetzten Fahrwasser. Es war um jene Zeit eben alles ein Herz und eine Seele und man kann das heute alles sehr wohl verstehen und - verzeihen!

Bis zur heutigen Zeit hat sich die Fachschulindustrie in ganz erstaunlichem Umfang eingestellt und es kann sich bei dieser natürlich nicht um eine Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses handeln, bei der pädagogische Richtlinien die Wege weisen. Da die Privatschulen als privatunternehmungen wirtschaftlich von der Zahl ihrer Schüler abhängig sind, müssen sie ihren Lehrplan nach dem Motto: „Was ich will!“ einrichten und weil nun der Wille der Schüler selten so klar auf das notwendige, wahrhaft künstlerische Ziel in der Dekorationsmalerei, das mit der künstlerischen Bewegung gleichläuft, gerichtet sein kann, so

sieht es fest, daß die Fachschulindustrie der Ausbildung für die Dekorationsmalerei in den meisten Fällen nicht nutzen, sondern Schaden verursacht.

Die Lehrer selbst mußte bei dieser enormen Vermehrung der Verstüttungen selbstverständlich sehr frequentiert sein, ganz unzurechnbar die lebhafte Fluktuation bei der Zugängern zum Beruf. Es war zwar noch das alte Prinzip der Meisterlehre maßgebend, den Lehrling in allen praktischen Arbeiten auch praktisch zu unterweisen, aber dieses lebhafte Ausbildungsprinzip war schon von Anfang an genug durchdrückt und es wurde nicht besser in der hohen Zeit der geschäftlichen Blüte des Malergewerbes. Der Strom ungerührter Arbeiter, der heute im Malergewerbe eine so eigenartige Rolle spielt, war nicht gleich nach 1870 zu verspüren, er stellte sich erst nach den Gründerjahren und auch nicht auf einmal ein, und er erreichte seine grösste Intensität erst, als die geschäftlichen fetten Jahre vorüber waren, die doch eigentlich die ungelernten Kräfte erst heran gezogen hatten. Waren also die ungelernten Kräfte im Berufe nicht so reichlich vorhanden, so veränderte sich die Stellung des Lehrlings; er wurde das, was der Schuster junge oder der Piccolo in den fliegenden Blättern ist, bloß in einer weniger exalternden Form, er wurde das an den Malerwagen gefesselte Lasttier. Und blieb es nicht fest während der Dauer seiner Lehrzeit? Dann war er Gehilfe geworden.“

In einem weiteren Abschnitt heißt es: „Die Ausschaltung der Dekorationsmalerei aus der Innendekoration, die in den letzten Jahren zu verspüren war, hatte als letzten Grund, auf den man bei der Untersuchung immer stößt, die unzureichende Leistungsfähigkeit der Dekorationsmalerei, den Mangel an Berufsinntellekt, der das Malergewerbe fähig gemacht hätte, die Zeit und ihre Bedingungen zu erkennen und die Ursache dieser Erscheinung lag in den oben skizzierten wirtschaftlichen Verschiebungen, die wiederum der Grund waren, daß die Fachschulen keinen Nutzen brachten, nicht instande waren, den Berufsinntellekt im Gewerbe zu heben, die Leistungsfähigkeit in der Dekorationsmalerei auf eine gesunde Basis zu stellen.“

Der Dekorationsmaler ist nämlich gar kein so ideal gebautes Berufsgeschöpf, daß er von den plebejischen Fragen des Anstrichs, von der handwerklichen Berufstechnik nichts zu wissen braucht, daß er mir immerfort malle und malte —. Der Dekorationsmaler ist heute zunächst Anstreicher und was damit zusammenhängt, und das ist gar keine Degradation. Das Fach des Anstreichers und Lackierers zu beherrschen, d. h. wirklich zu beherrschen, Meister darin zu sein, das verlangt ebensoviel Wissen und Können, als ein Dekorationsmaler braucht, der malt, malt, malt — und was in der Dekorationsmalerei an Kunst liegen kann, das stößt ja überhaupt mit dem Berufswissen nicht mehr zusammen, und auch das technisch vollendete Können des Dekorationsmalers klingt nicht immer an Kunst an.“

Eines aber hat auch der Anstreicher mit dem Dekorationsmaler gemein: daß er die Farbe beherrschen soll, die Farbe und ihre Stimmlung. Es ist nicht so einfach, wie es aussieht, auch nur zwei Löve gut zusammenzustimmen.

Es ist deshalb vor allem im Prinzip zu fordern: ein Technikum. Ganz gleich zunächst, in welcher Form und in welcher praktischen Organisation — es ist notwendig. Das Technikum ist viel notwendiger, als die eigentliche Maschule, denn in all ihrer Breite ist die Stubenmalerei kein Kunstgewerbe mehr, sie ist ein Handwerk, ist Anstreicherei. Darüber hilft alle idealistische Ansicht des Malergewerbes nicht hinweg: „unser schönes Kunstgewerbe“ ist in seiner Breite ein einfaches Handwerk, deshalb durchaus nicht geringer, als ein Kunstgewerbe, aber es muß sich bemühen, auch ein ordentliches Handwerk zu sein, das einer gelernt haben muß, wenn er es recht ausüben will.

Sie fordere also in dem System der Ausbildung des Dekorationsmalers ein Technikum. Es mag der Gewerbeschule angegliedert werden, oder der Fünnungsschule, oder der Lehrwerkstätte, oder mit der Fortbildungsschule verbunden werden, genug es ist notwendig.

In diesem Technikum soll zunächst das Schulwissen gepflegt werden, das sich an die technischen Fragen des Berufs anknüpft. Die Malerlateinistik wäre das praktische Thema, an das sich dann die theoretischen chemischen Disziplinen mit praktischen Verfahren anzuschließen hätten.“

Für kleinere Orte auf dem Lande, wo besondere Schulen nicht möglich sind, bringt der Verfasser die Wanderschulen in Vorschlag, indem er dazu schreibt: „Das Ziel dieser Wanderschule müßte sein, die Schüler nicht zu weit über ihr ländliches Milieu hinauszutreiben, denn dann wäre der Nutzen problematisch. Wo ländliche Traditionen in der gewöhnlichen Lebung noch vorhanden sind, wo die Bauernkunst, die oberdeutsche oder die niederdeutsche noch lebendig, aber in mancherlei Verderbnis nachklingt, da sollten diese alten Beziehungen wieder aufgegriffen und neu gestiftet werden. Wer begreift, welche eminenten Formenquellen die alte Bauernmalerei für die moderne Dekorationsmalerei sein kann, wie gerade aus der Anlehnung an die alte Bauernmalerei für die Dekorationsmalerei die volkstümliche Wiedergeburt werden kann, die dem Malergewerbe bitter not tut, der wird erfassen, daß in diesen Wanderschulen noch etwas anderes liegen kann, was aber hier nicht zu erörtern ist. Würden die Wanderschulen für Stubenmalerei so aufgefaßt, so hätten sie von vornherein eine relativ gröbere Bedeutung, als die festgefügten Kurse an städtischen Gewerbe- und Kunstmalereschulen!“

Nach Schluss der Schilderung über die Zustände in den bisherigen Lehranstalten kommt der Verfasser mit nachstehenden Forderungen:

1. Technikum verbunden mit der Fortbildungsschule; im Technikum gewöhnlicher und theoretischer Unterricht, verbunden mit praktischen Arbeiten rein technischer Art und Beichter, in der Fortbildungsschule Erweiterung der Elementarbildung auf gewöhnlicher Grundlage. Obligatorischer Tagesunterricht.

2. Lehrwerkstatt in zwei Stufen mit praktischen Arbeiten, verbunden mit der Kunstmaler- oder Handwerkerchule. Voraussetzung für die Lehrwerkstatt: Absolvierung des Technikums und nachgewiesene künstlerische Begabung. Beginn des Lehrwerkstattunterrichts: letztes Lehrjahr. Obligatorischer Tagesunterricht.

3. Wanderschule für das Land, die technischen Unterricht mit künstlerischen Übungen verbinden, unabhängig von der Fortbildungsschule, zusammenhängend mit Meister- und Gesellenfunktionen. Obligatorischer Tagesunterricht.

4. Schulgeldfreiheit.

Ein vielleicht zukünftiges deutsches Tarifamt Malergewerbe hätte sich ebenfalls mit der Ausbildungfrage im Malergewerbe zu beschäftigen. Bis dahin ist Pflicht aller Organisationen, sowohl der Meister wie der Gehilfen dem Ausbildungswesen im Berufe alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Die Forderungen, die der Verfasser auf Grund seines durch statistisches Material belegten Ausführungen folgt, sind im höchsten Grade berechtigt und niemand wird diese ernstlich bestreiten oder gar als undurchführbar bezeichnen wollen. Die Forderung der Schulgeldfreiheit durch Staatszubvention würde in erster Linie die Möglichkeit schaffen, allen streitenden Berufstätigkeiten das so außerordentlich nötige technische Wissen und Können zu vermehren.

Wenn wir uns nun auch mit den Ausführungen und den gestellten Forderungen einverstanden erklären können, so aber vermögen wir doch mit dem besten Willen den Weg nicht zu finden, den der Verfasser zur Erreichung seines Ziels als nötig erachtet. Die in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründeten Interessenkonflikte zwischen Meister und Gehilfen aufzuhalten, hält den Verfasser für nötig, um sich voll und ganz dieser Ausgabe widmen zu können. Das heißt, die Arbeiter in ihrer Organisation haben zunächst das Bestreben auf Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, oder zum mindesten die Lohnkämpfe zurückzustellen, bis die Aussage: „die Hebung des Malergewerbes durch bessere technische Bildung“ wieder auf die Stufe gebracht ist, die einzuschreiten daselbe berechtigt ist. Auch die Arbeitgeber müssen bis dahin mit der Ausbeutung der Arbeitskraft des Arbeiters halt machen, um die einzige wichtige Frage gemeinsam der Lösung zuzuführen.

Ru eine solche Möglichkeit, die Interessenkonflikte befreit, kann der Verfasser doch unmöglich gebacht haben, daß aber auch bei objektivster Beurteilung der Bildungsfrage die Interessenkonflikte niemals beendet werden können, sollte dem Verfasser aus den auf diesem Gebiete vielseitig vorliegenden Erfahrungen zur Kenntnis bekannt sein. Wir müssen es untersuchen, an dieser Stelle auf das Kapitel näher einzugehen, das bis zum heutigen Tage reicht, wo die Unternehmer in Verbindung mit den Behörden jedes selbständige Streben nach Bildung und Wissen dem Arbeiter vereitelt und unmöglich gemacht haben. Es gehört schon eine ziemliche Dosis Optimismus dazu, um zu glauben, daß es heute anders sei oder sein könnte, oder gar, daß mit der Errichtung eines Tarifamtes die Morgenröte einer besseren Zukunft für das Malergewerbe erscheine. So lange wie der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ bei den Unternehmern gegen die notwendigsten rechtlichen Forderungen, „Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses“, zum Vortheil kommt, dürfte an eine Anerkennung der Gehilfenorganisation in der Lohn- und Bildungsfrage innerhalb unseres Berufes nicht gedacht werden können. Außerdem bestehen ja die Unternehmer allein das geistig ihres Zustehende Ausbildungsmonopol. Bis jetzt hat die Gehilfenorganisation ihr möglichstes für technische Ausbildung ihrer Mitglieder getan und wird es auch weiter tun, soweit es ohne Vernachlässigung der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglich ist.

Bei aller Anerkennung der sonst sachlich gehaltenen Ausführungen des Verfassers müssen wir es sehr bedauern, daß derselbe in seinem Vorwort von einer Bildungsfeindschaft der Gehilfenorganisation sprechen könnte. Die Vorhaltungen über Pflichtentziehung bezüglich der beruflichen Bildung ist an eine falsche Adresse gekommen, insofern als ihm das Bestreben der Gehilfenorganisation zum mindesten bekannt sein muß. Kennt der Verfasser nicht die Mühen und Opfer, die in den Jahren des Westenkriegs unserer Organisation von den Mitgliedern gebracht wurden, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herzuführen, die dazu beige tragen haben, daß das Malergewerbe vor einer vollen Bevölkerung zum Verumpfung zu retten? So lange die Unternehmer bei Lohnkonflikten und sonst in der glücklichen Saison ungebremte, billige, billige Arbeitskräfte mit Vorliebe dem Berufe wünschen, wird sich das Leistungsniveau innerhalb des Gewerbes nicht erhöhen. Die Interessen der Unternehmer, ihren Profit möglichst hoch zu gestalten, unterliegen keiner Grenze und keiner Kontrolle. Der profitlüstige Unternehmer schreit vor keiner Ausbeutung zurück, auch vor dem tüchtigen und leistungsfähigen Arbeiter macht er nicht halt. Diese einfache Tatsache aus dem natürlichen wirtschaftlichen Verhältnis heraus darf dem Verfasser nicht unbekannt sein. Wenn nun noch zu diesem in Betracht gezogen wird, daß die Arbeitgeberorganisationen mit geschickten Rechten ausgerüstet, in jeder Hinsicht von den Behörden bei dem Bildungsvertrag unterstützt werden, und auch für die Zukunft deren Hilfe in Aussicht steht, so kann man es ohne Weiteres eine einseitige Beurteilung nennen, wenn man bei dem Vorwurf Pflichtentziehung die Gehilfenorganisation mit der Meisterorganisation in einen Topf wirft. Vielleicht wird erst einmal der Verfasser seine Ansicht in dieser Richtung hin etwas revidieren, dann läßt sich weiter über die angelegte Frage diskutieren.

Vom Ausland.

Oesterreich. In Spalato und Serjewo stehen die Maler, Anstreicher und Lackierer im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

Die Staudinger Waggonfabrik und Neunkirchen sind gesperrt. Ebenso die Fahrradwerke Weißbau & Co. in Akersdorf bei Wien.

Ungarn. Zugang ist fernzuhalten nach: Mistole, Arad, Ghula, Komarom und Nagas.

Schweiz. Gesperrt sind für Lackierer die Wagenfabriken von C. & R. Geissberger und Gebr. Meier in Zürich.

Literarisches.

Ignaz Auers Lebensbild bildet den Inhalt einer empfehlenswerten Broschüre, die im Verlag der Buchhandlung Bormarts, Berlin SW. 68, erschienen ist und Eb. Bernstein zum Verfasser hat. Der Preis für die mit einem vorzüglich ausgeführten Porträt Auers und mit mehreren Abbildungen illustrierten Broschüre beträgt 50 S. eine Ausgabe auf gutem Papier kostet 1 M.